

MINORITIES IN ACTION



EUROPEAN CENTRE
FOR
MINORITY ISSUES

2011

**„Minority Education
and the Budget Crises...“**





Inhalt

	Seite
Kehrtwende der Minderheitenpolitik? Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit 2010	4-32
Anmerkungen	33-36
Kiel government's savings proposals are in violation of current international agreements	37-44
Cuts in minorities	45-47

Impressum

© European Centre for Minority Issues (ECMI)

Grafik und Layout:
RAINER PRÜSS
wirtschafts- und kulturkonzepte, Flensburg

Druck:
Druckhaus Leupelt, Handewitt



European Centre
for Minority Issues (ECMI)
Schiffbrücke 12
Kompagnietor
D-24939 Flensburg

Fon: 0461 - 1 41 49-0
Fax: 0461 - 1 41 49-19
e-mail: info@ecmi.de
Internet: www.ecmi.de

This project has been
generously supported
by the Sydbank Foundation

Sydbank





Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik?

Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit 2010

Die am 26. Mai 2010 von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beschlossene und inzwischen in den Landtag eingebrachte Kürzung der Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit auf 85 Prozent des aktuellen Schülerkostensatzes hat „zur bisher größten minderheitenpolitischen Krise seit den Bonn-Kopenhagen Erklärungen von 1955“ geführt – so der international anerkannte Minderheitenforscher Dr. Jørgen Kühl. Der frühere Direktor des Instituts for Grænseregionsforskning und jetziger Leiter der A. P. Møller Skolen in Schleswig dokumentiert für die Grenzfriedenshefte die komplexe Entwicklung seit Mai 2010 und analysiert sie unter nationalen wie internationalen Gesichtspunkten. Dabei bezieht er auch die durch Sparbeschlüsse der Bundesregierung bedrohte deutsche Minderheit in Nordschleswig ein. Zu diesem Thema geben wir in der Umschau dieses Heftes auch einen Kommentar des Chefredakteurs des Schleswig-Holsteinischen

Zeitungsvorlages Stephan Richter wieder. – Der Beitrag von Jørgen Kühl erfasst die Ereignisse bis Anfang Dezember 2010. Den Fortgang der Auseinandersetzungen um die Sparbeschlüsse werden die Grenzfriedenshefte unter minderheitenpolitischen Gesichtspunkten weiter verfolgen.

Die Redaktion

Einleitung

Anfang des Jahres 2010 schien das Verhältnis zwischen den Kulturen, der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheit in Schleswig-Holstein, von einem vorbildlichen Zusammenleben gekennzeichnet zu sein. Der nach den Landtagswahlen im Herbst 2009 erfolgte Regierungswechsel von der „großen“ CDU-SPD-Koalitionsregierung zu einer „kleinen“ Koalition von CDU und FDP mit einer Mandatsmehrheit von lediglich einem Landtagssitz hatte zunächst zu keinen merkbaren Veränderungen in der offiziellen Minderheitenpolitik geführt. Nach wie vor wurde allerseits von einem modellhaften Zusammenleben gesprochen. Somit deutete alles auf eine Kontinuität der über Jahrzehnte gewachsenen schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik hin, die zuletzt mit dem von der großen Koalition beschlossenen Schulgesetz von

2007 sogar zu einer Rückkehr und Bestätigung der 1997 ausgesetzten Gleichstellung der Schüler der dänischen Minderheit mit denen an staatlichen Schulen im Lande geführt hatte.¹ Hiermit wurde das nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem Dänischen Schulverein am 24. November 2004 unterzeichnete sogenannte „Abschlusskommuniqué“ umgesetzt, in dem die Gleichstellung der dänischen Schulen empfohlen wurde und zugleich die Bedeutung der Minderheitenschulen als Regelschulen für die dänische Minderheit anerkannt wurde.² Im Minderheitenbericht

des Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen für die Legislaturperiode 2005-2010 wurde die Gleichstellung der dänischen Schulen gesondert hervorgehoben.³ Auch in der parlamentarischen Debatte zum Bericht am 13. Dezember 2007 war dieser Umstand seitens der CDU gewürdigt worden,⁴ während der damalige Oppositionspolitiker Ekkehard Klug (FDP) feststellte: „Schleswig-Holstein und die deutsch-dänische Grenzregion können in der Minderheitenpolitik mit Stolz auf eine wirklich beispielgebende Erfolgsgeschichte zurückblicken. Das heißt aber nicht, dass es hier keine Probleme und offe-



Unterzeichnung des „Abschlusskommunikates“ zur Gleichstellung der Schüler der dänischen Minderheit, 24.11.2004: (v.l.) Franziska Pabst als Repräsentantin des Bildungsministeriums, die Vorsitzende des Dänischen Schulvereins Lone Schuld, der Direktor des Schulvereins Anders Molt Ipsen und die Minderheitenbeauftragte der Landesregierung Renate Schnack.

Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)



Beim 90. Geburtstag des Dänischen Schulvereins, 5.5.2010: (v.l.) der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses Kim Andersen, Bildungsminister Ekkehard Klug, der Direktor des Dänischen Schulvereins Anders Molt Ipsen und der Vorsitzende des Schulvereins Per Gilberg.

nen Fragen gibt. Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen südlich der Grenze haben auch aktuell noch Sorgen und berechtigte Anliegen, für die es bislang noch keine befriedigende Lösung gibt.“⁵ Nachdem er eine Lösung der weiterhin ungeklärten Frage der Schülerbeförderungskosten für die Schüler der dänischen Schulen angemahnt hatte, stellte Klug abschließend fest: „Obwohl es allen Anlass gibt, auf die Bilanz der Minderheitenpolitik stolz zu sein, darf man nicht übersehen, dass sich auch noch weitere Herausforderungen stellen. Falls es nicht gelingt, die notwendigen Konzepte und Lösungen zu entwickeln, wäre

auch ein empfindlicher Rückschlag im Bereich der Minderheitenpolitik nicht auszuschließen.“⁶ Im Vorwort zum Minderheitenbericht hatte Ministerpräsident Carstensen ferner festgestellt: „Zu einer kraftvollen und auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Minderheitenpolitik gibt es keine Alternative. Hier nachlässig und träge zu werden, hieße, das Potenzial unseres Landes nicht ganz zu nutzen, und hieße – in letzter Konsequenz – das vorbildliche Miteinander zu gefährden.“⁷ Somit gab der Regierungswechsel zu einer CDU-FDP-Koalition zunächst keinen Anlass zu Überlegungen hinsichtlich einer bevorstehenden prinzipiellen

Kehrtwende in der Minderheitenpolitik. Beide Parteien hatten sich schließlich wiederholt und unmissverständlich zur Kontinuität bekannt. Im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der FDP für die 17. Legislaturperiode wurden der Wert und die Bedeutung der Minderheiten sogar gesondert gewürdig: „Nationale Minderheiten und Volksgruppen sind von jeher ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, und sie tragen auch in besonderer Weise zur kulturellen Vielfalt und zum gesellschaftlichen Leben unseres Landes bei. Nach unserer Landesverfassung haben sie Anspruch auf Schutz und Förderung. Darüber hinaus wollen wir auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig weiter fördern. Der Beitrag und die Rolle der Minderheiten sind für uns auch ein wichtiges Fundament für die weitere Entwicklung einer guten regionalen Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Dänemark und die Entwicklung der Grenzregion.“⁸

Als im Februar 2010 der FDP-Abgeordnete Jens-Uwe Dankert zum Vertreter des Landtages für das DialogForumNorden⁹ gewählt wurde, erklärte die europapolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Kirsten Funke: „Minderheitenschutz und Minderheitenpolitik sind wichtige Elemente

liberaler Bürgerrechtspolitik und ein integraler Bestandteil des modernen Verfassungsstaates.“¹⁰ Am 5. Mai 2010 konnte der Dänische Schulverein (Dansk Skoleforening for Sydslesvig) somit gutgelaunt seinen 90. Geburtstag feiern, wozu auch der zum schleswig-holsteinischen Bildungsminister avancierte FDP-Politiker Ekkehard Klug herzlich gratulierte.¹¹

Veröffentlichung der geplanten Sparmaßnahmen

Dieses insgesamt gesehen beinahe idyllische Bild im 90. Jahr der Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg und der dadurch entstandenen modernen nationalen Minderheit der Dänen im Lande änderte sich jedoch schlagartig und mit einer unerwarteten Vehermenz lediglich drei Wochen später: Im Zuge der finanziellen Herausforderungen als Reaktion auf die Folgen der globalen Wirtschaftskrise ernannte die Landesregierung eine Haushaltsstrukturkommission, die Sparvorschläge erarbeiten sollte. Am 26. Mai 2010 stellte Ministerpräsident Carstensen nach der Billigung des Kabinetts den Bericht als seine politische Zielsetzung vor.¹² Darin fand sich folgende Aussage zur Förderung der Schulen der dänischen Minderheit: „Die Zuschüsse an die



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

Schulen der dänischen Minderheit werden auf 85 Prozent des aktuellen Schülerkostensatzes für den dänischen Schulverein abgesenkt. Sie liegen damit nach wie vor regelmäßig über dem Förderungsniveau der deutschen Ersatzschulen (80 Prozent des Schülerkostensatzes für die übrigen Ersatzschulen). Die Förderung sinkt von 31,7 Millionen Euro in 2010 auf 27 Millionen Euro in 2012.¹³ Somit distanzierte die Landesregierung sich zugleich von den Regelungen im Schulgesetz von 2007, indem die bedarfssunabhängige Förderung der dänischen Schulen mit 100 Prozent der Schülerkostensätze festgelegt worden war, sowie von dem Abschlusskommunikat des Jahres 2004, in dem die damalige Landesregierung die Bedeutung der dänischen Schulen als Regelschulen für die Minderheit anerkannt hatte. Carstensen versicherte in der Folgezeit mehrfach, dass diese Einsparungen durch die allgemeinen Sparzwänge des Landes begründet seien und dass das gute deutsch-dänische Verhältnis sowie die Minderheitenpolitik dadurch keinen Schaden erleiden würden.¹⁴

Die Reduzierung der Zuschüsse an den Dansk Skoleforening ist Bestandteil der jährlichen Reduzierung des strukturellen Defizits

des Landshaushalts um 125 Millionen Euro und ist somit als Folge der neuen Austeritätspolitik zu werten.¹⁵ Dabei machen die beabsichtigten Einsparungen in den direkten Zuwendungen an den Schulverein ca. 3,75 Prozent der Gesamteinsparungen aus, obgleich die Minderheit bei einer angenommenen Bruttogröße von 50.000 Angehörigen ungefähr 1,75 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht.¹⁶ Ferner wird der Schulverein auch von den allgemeinen Sparmaßnahmen betroffen, da Einsparungen durch Mehrarbeit u.ä. in den öffentlichen Schulen unmittelbar Einfluss auf die Höhe der Schülerkostensätze haben, die Berechnungsgrundlage für die Zuwendungen sind. Schließlich entfällt zukünftig auch die Landesförderung für die Schülerbeförderung. Diese Sparmaßnahme trifft ebenfalls den Dansk Skoleforening, der mit weiteren Minderhaushalten von bis zu 750.000 Euro rechnet, da die betroffenen Kreise Kürzungen an den Dänischen Schulverein weiterreichen werden.¹⁷ Somit würde die Gesamtbelastung der Minderheit über 4,3 Prozent sämtlicher geplanter Kürzungen ausmachen und ihr Beitrag folglich disproportionale zweieinhalbmal so groß sein wie der geschätzte maximale Anteil an der Bevölkerung. Somit wird die

Minderheit einseitig, asymmetrisch und überdurchschnittlich von den Sparmaßnahmen belastet – und das minderheitenpolitische Prinzip der Gleichstellung, das erst 2008 wieder erreicht worden war, wird erneut und nachdrücklich aufgehoben. Dies stellt nüchtern betrachtet eindeutig eine Ungleichbehandlung der Angehörigen der Minderheit im Vergleich mit allen anderen Bevölkerungsgruppen dar. Auch in anderen Bereichen werden kulturelle Aktivitäten der Minderheit empfindlich getroffen; hier handelt es sich jedoch um symmetrische Einsparungen, die ebenfalls andere Kulturträger der Mehrheit und der Minderheiten (u.a. das Nordfriisk Instituut¹⁸ in Bredstedt, dessen Förderung durch das Land zukünftig um bis zu 30 Prozent beschnitten wird) schmerzlich treffen.¹⁹



Reaktionen der dänischen Minderheit und in Dänemark

Seitens der Minderheit wurden die asymmetrischen Sparmaßnahmen als tiefgehender Vertrauensbruch aufgefasst. Der Dansk Skoleforening errechnete, dass Einsparungen von 4,7 Millionen Euro den laufenden Betriebskosten der

22 kleinsten von den insgesamt 47 dänischen Schulen entsprechen. Konkret müssten 88 Lehrerstellen eingespart werden.²⁰ Zudem stellte sich die Frage, was mit den von etwaigen Schulschließungen betroffenen Schülern geschehen sollte. Durch Zusammenlegung mit anderen dänischen Schulen würden weitere Kosten entstehen, so dass die Einsparungen nur durch Schließung weiterer Einrichtungen wie Kindergärten zu erreichen wären. Umgehend wurden umfangreiche Protestaktionen auf unterschiedlichen Ebenen initiiert und das politische Leben in Dänemark mobilisiert. Der Gemeinsame Rat der Minderheit (Det sydslesvigske Samråd) beschloss

eine Protestresolution, in der die Sparmaßnahmen als Bedrohung der Existenzgrundlage der Minderheit und der positiven Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Grenzland bezeichnet

wurden.²¹ Zugleich wurde festgestellt, dass die Landesregierung die 2004 getroffene Vereinbarung sowie das Schulgesetz brechen würde.²² Gemeinsamer Nenner der Proteste waren die Forderung nach hundertprozentiger Gleichstellung sowie die Aussage „Unsere Kinder sind auch



100 Prozent wert". Das traditionelle dänische Jahrestreffen am darauffolgenden Wochenende wurde zur Plattform umfassender Proteste und Solidaritätsbekundungen dänischer, aber auch deutscher Kommunalpolitiker.²³ Dabei stellte u.a. der Präsident des dänischen Folketing, Thor Pedersen, fest, dass die Einsparungen im Widerspruch zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 stünden.²⁴ Ministerpräsident Carstensen vertrat hingegen in einem Gespräch mit Flensburg Avis die Auffassung, dass die Sparmaßnahmen keinen Angriff auf die Minderheit darstellen. Er fügte hinzu, dass, wenn man sich als Minderheit als 100 Prozent Bürger und Steuerzahler sehe, man auch 100 Prozent Mitverantwortung für die Zukunft des Landes habe. Zudem würden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen überhaupt nicht von den Vorschlägen berührt und würden weiterhin das Fundament für eine Minderheitenpolitik bilden, die in Europa vorbildlich sei.²⁵ Dies sahen jedoch Vertreter der Minderheit und zentral platzierte Politiker in Dänemark und Deutschland anders. Im Kieler Landtag erklärte sich die gesamte Opposition bestehend aus SPD, den Grünen und der Partei Die Linke solidarisch mit der Minderheit.²⁶ Etliche Bürgermeister wie z. B. in Rendsburg kritisierten

ten die Kieler Politik.²⁷ Auch das DialogForumNorden kritisierte am 4. Juni einmütig die Sparpläne.²⁸ Eine Facebook-Seite konnte innerhalb kurzer Zeit 5.600 „Freunde“ melden, bis Ende November 2010 schlossen sich mehr als 6.650 Personen einer Protestliste im Internet an.²⁹ Am 5.-6. Juni protestierten Angehörige der Minderheit anlässlich des Schleswig-Holstein-Tages in Rendsburg und informierten über ihr Anliegen. Hier kam es zu einem kurzen Wortwechsel zwischen Carstensen und einigen Angehörigen der Minderheit, in der er laut Presseberichten die sinngemäße Aussage machte, dass falls man 100 Prozent haben wolle, man ja die Kinder auf die deutsche Schule schicken könne.³⁰ Diese Aussage wurde seitens des Ministerpräsidenten später nicht dementiert oder erläutert, woraufhin in der dänischen Minderheit festgestellt wurde, dass Carstensen nicht nur diskriminiere, sondern auch eine unfreiwillige Assimilation empfehle - beides sei jedoch durch die nationalen und internationalen Minderheitenschutzinstrumente untersagt.³¹ Zahlreiche dänische Politiker griffen die aktuelle Thematik im Sinne der Minderheit auf. Der Vorsitzende der Region Süddänemark, der liberale Politiker Carl Holst, sprach die beabsichtigte Diskriminierung



Großdemonstration der dänischen Minderheit an sieben Orten mit insgesamt 14-16.000 Teilnehmern, 26.6.2010 – hier in Schleswig.

offen in einer Besprechung mit Ministerpräsident Carstensen am 8. Juni an und sah darin einen Verstoß gegen den Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955.³² Holst bezeichnete die Einsparungen als Ungleichbehandlung (dän.: forskelsbehandling), die die langjährige gute Minderheitenpolitik zerstöre.³³ Er appellierte an die Landesregierung, eine bessere Lösung zu finden und verwies auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen.³⁴ Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses der dänischen Regierung, Kim Andersen, konstatierte kurz darauf, dass die Kieler Landesregierung das Ansehen Deutschlands auf's Spiel

setze.³⁵ Carstensen stellte jedoch im Landtag am 16. Juni unbeeindruckt fest: „Ich weiß auch, dass Dänemark die Schulen der deutschen Minderheit im eigenen Land ebenso unterstützt wie die eigenen Schulen. Auch ich würde die dänische Minderheit gern in der selben Weise unterstützen wollen, aber wir können es nicht mehr. Schleswig-Holstein ist dazu nicht mehr in der Lage. Wir sollten hier nicht aufrechnen. Die Bedeutung der Minderheiten ist unbestritten. Daran wird sich auch nichts ändern.“³⁶



Demonstrationen der Minderheit

Am 26. Juni 2010 organisierte die Minderheit an sieben Orten im Landesteil Schleswig parallele Protestdemonstrationen mit insgesamt 14-16.000 Teilnehmern.³⁷ Ungefähr ein Drittel der Angehörigen der Minderheit ging aktiv auf die Straße, um friedlich gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. Dabei beteiligten sich auch zahlreiche Sympathisanten außerhalb der Minderheit. Dies war die größte jemals durch die Minderheit organisierte Protestaktion mit dreimal so vielen Beteiligten wie an der Demonstration vor dem Kieler Landtag am 10. Dezember 1997.³⁸ Im ganzen Landesteil wurden Plakate und Aufkleber verteilt, etliche Fahrzeuge zeigten somit im täglichen Straßenverkehr die Forderung „Ich bin auch 100 Prozent wert!“ bzw. „Unsere Kinder sind auch 100 Prozent wert!“

Bilaterale Gespräche

Ende Juni 2010 besprach der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen – nachdem Carstensen ihm taktisch nicht sehr geschickt vor Veröffentlichung der Kürzungspläne bereits einen Brief zu den Plänen geschrieben hatte, in dem er um dänisches Verständnis für

seine Konsolidierungspolitik bat und somit gewissermaßen eine Einladung zur Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten ausgesprochen hatte³⁹ – die Sparpläne telefonisch mit Carstensen und verdeutlichte dabei die dänische Auffassung. Dabei unterstrich Rasmussen u.a. die Bedeutung der „Symmetrie der finanziellen Förderung“ beiderseits der Grenze, woraufhin Carstensen laut Flensburger Tageblatt feststellte, dass er nicht bereit sei, in „einen Wettbewerb

Diskriminering, nej tak!

der Förderung einzutreten“.⁴⁰ Als Ergebnis des Gesprächs wurde beschlossen, eine deutsch-dänische Arbeitsgruppe bestehend aus Beamten einzusetzen, die zügig den Gesamtkomplex der Förderung untersuchen sollte.⁴¹ Kurz darauf schrieb der dänische Ministerpräsident dem Gemeinsamen Rat der Minderheit in einem Brief, dass die Gleichstellung zwischen den Schulen der Minderheit und den öffentlichen Schulen wichtig sei. Dies sei eine prinzipielle Frage. Deshalb habe seine Regierung mit Besorgnis bemerkt, dass die geplanten Einsparungen nur die dänischen Schulen betreffen und dass sie

außerdem durch fallende Ausgaben im öffentlichen Bildungssektor betroffen sein werden. Dies stelle eine Doppelbelastung der Minderheit dar.⁴² Obgleich diese Feststellungen des Ministerpräsidenten und weitere Aussagen dänischer Politiker eindeutig und unmissverständlich aufzeigten, dass die Kieler Pläne bereits eine Belastung der deutsch-dänischen Beziehungen darstellten, wurde dies wiederholt seitens der Landesregierung verneint.

In einem Schreiben an den Bund Deutscher Nordschleswiger bezog der dänische Ministerpräsident ebenfalls eindeutig Stellung, da auch die Aktivitäten der deutschen Minderheit in Dänemark durch Sparmaßnahmen der Regierungen in Kiel und Berlin bedroht sind. Rasmussen schrieb: „Die dänische Regierung sieht die Sparmaßnahmen, die der deutsche Staat gegenüber sowohl den deutschen als auch den dänischen Minderheitenschulen vorgelegt hat, mit Besorgnis“, und er stellte fest: „Die deutsch-dänische Zusammenarbeit für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze ist für die Regierung von entscheidender Bedeutung.“⁴³

Als die Regierung Carstensen am 13. Juli 2010 den Doppelhaushalt

für die Jahre 2011-12 im Kabinett beschloss und an den Landtag weiterleitete, waren die Einsparungen weiterhin enthalten. Die Proteste hatten somit vorerst kein Umdenken bewirkt. Kurz darauf veröffentlichte die Landesregierung einen Gesetzesvorschlag, in dem die Reduzierung der Zuschüsse an den Dänischen Schulverein von 100 auf 85 Prozent enthalten ist. Dies wurde in einem Leitartikel in Flensburg Avis überspitzt so gedeutet, dass Diskriminierung an sich offenbar politische Zielsetzung der Landesregierung sei.⁴⁴ Der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses, der Folketingsabgeordnete Kim Andersen, stellte mehrfach fest, die Sparmaßnahmen seien sowohl eine offene Diskriminierung der Minderheiten als auch ein Verstoß gegen das schleswig-holsteinische Schulgesetz und die Bonn-Kopenhagen Erklärungen.⁴⁵ Kurz darauf versicherte ein Sprecher der Landesregierung jedoch, dass die Regierung Carstensen keine Diskriminierung der Minderheit beabsichtige und dass dies auch aus der parlamentarischen Haushaltsdebatte zu erkennen sei werde. Zugleich wurde öffentlich bekannt, dass Ministerpräsident Carstensen von den heftigen Reaktionen in der Minderheit und Dänemark überrascht worden sei.



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

Protestaktivitäten der Minderheit auf europäischer Ebene

Die dänische Minderheit entfaltete in dieser Phase etliche Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Es wurden Briefe an den dänischen Ministerpräsidenten und an Carttensen verschickt.⁴⁶ Auch die europäische Komponente wurde aktiviert: Der Gemeinsame Rat und Dansk Skoleforening schrieben Briefe an die Expertengremien des Europarats betreffend die Rahmenkonvention und die Sprachencharta, um auf die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein aufmerksam zu machen.⁴⁷ Der Vorsitzende des Beratenden Ausschusses der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten antwortete daraufhin, dass das Gremium mit großem Interesse von den geplanten Kürzungen Kenntnis genommen habe. In seiner Einführung zur Stellungnahme des Beratenden Ausschusses vor dem Ministerkomitee des Europarats anlässlich der dortigen Diskussion des am 27. Mai 2010 Expertenberichtes zum dritten Staatenbericht der Bundesrepublik könne er die aktuelle Situation mit berücksichtigen.⁴⁸ Im August forderte der dänische Grenzverein den Generalsekretär des Europarats und den OSZE-Hochkommissar

für Minderheiten dazu auf, die Entwicklungen in Schleswig-Holstein genau zu verfolgen.⁴⁹ Der Sachverständigenausschuss des Europarats für die Sprachencharta zeigte sich bei einem Besuch in Kiel am 2. September 2010 über die Sparpläne erschüttert und stellte fest, die „von der Landesregierung beabsichtigte Verringerung der finanziellen Grundlage des dänischen Schulwesens sei ... als Verstoß gegen das Bundesrecht zu sehen und könne geahndet werden.“⁵⁰

Kontakte zwischen Kopenhagen und Berlin

Die erheblichen Spannungen erreichten bereits wenige Tage nach Veröffentlichung der schleswig-holsteinischen Sparpläne Berlin. Bereits am 1. Juni sprach die dänische Außenministerin Lene Esperen die Thematik gegenüber dem Bundesaußenminister Guido Westerwelle an.⁵¹ Der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen erörterte die Angelegenheit - wie auch geplante Kürzungen bei den Bundesmitteln für die deutsche Minderheit in Dänemark - bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel.⁵² Im Bundestag stellten mehrere SPD-Abgeordnete der Bundesregierung am 7. Juli eingehende Fragen zu der Problema-

tik,⁵³ wobei die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper zwar Verständnis für die Proteste der Minderheit zeigte, aber dennoch keine Diskriminierung erkennen konnte - und im Übrigen auf die Zuständigkeit des Landes Schleswig-Holstein verwies.⁵⁴ Dennoch musste sich die Bundesregierung intensiv mit der Thematik beschäftigen, da es sich nicht nur um eine schleswig-holsteinische, sondern zugleich um eine bilaterale Problematik handelte. Anfang Juli warnte der deutsche Botschafter in Kopenhagen laut Bericht des Hamburger Abendblatts vor einer antideutschen Stimmung in Dänemark.⁵⁵ Der dänische Generalkonsul in Flensburg, Henrik Becker-Christensen, bezeichnete die Situation Ende Juli als das größte grenzlandpolitische Problem seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vor 55 Jahren.⁵⁶

Am 10. August traf sich der Bundesbeauftragte für Minderheitenfragen Christoph Bergner, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, in Kopenhagen mit dem dänischen Innenminister Bertel Haarder, der verdeutlichte, wieso die dänische Regierung die Kieler Sparmaßnahmen als unakzeptabel betrachtet: Die Einsparungen würden zu einer Diskriminierung der Schüler

der dänischen Minderheit führen sowie die ungleiche Verteilung der Förderung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland weiter zu Ungunsten Dänemarks verschieben.⁵⁷ Zukünftig müsste Dänemark für 63 Prozent der Gesamtkosten sowohl der dänischen als auch der deutschen Minderheit aufkommen, während auf deutscher Seite lediglich 37 Prozent beigetragen würden. Nach dem Gespräch versicherte Bergner gegenüber der Presse, dass er die Argumente Haarders sehr ernst nehmen und auch die Schieflage in der Finanzierung der Minderheiten zur Kenntnis genommen habe.⁵⁸ Er werde den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten in der Sache nochmals kontaktieren. Obgleich Bildungspolitik Ländersache sei, habe die Problematik jedoch auch minderheitenpolitische und diplomatische und somit auch bundespolitische Aspekte. Bergner unterstrich, dass die Bundesrepublik sich weiterhin eindeutig zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen bekenne und dass sie weiterhin das deutsch-dänische Grenzland als Modellregion und minderheitenpolitisches Vorbild in Europa sehe.

Somit erhielt die Thematik eine eindeutig bilaterale und bundespolitische Dimension, die



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

zumindest zum Teil mit der Lage von 1954, die letztendlich zu den Bonn-Kopenhagen Erklärungen führte, vergleichbar ist: Wie 1954 wurde auch 2010 die Bundesregierung aktiv, um die Minderheitenpolitik zu sichern und das internationale Ansehen Deutschlands vor Beschädigungen durch Maßnahmen einer Kieler Landesregierung zu schützen. Und Schleswig-Holstein musste erneut zur Kenntnis nehmen, dass Minderheitenpolitik nicht ausschließlich eine Domäne des Landes ist.

Am 22. August hielt der dänische Ministerpräsident eine Rede am Ejer Bavnehøj, in der er sich u.a. auch mit der aktuellen Minderheitenfrage beschäftigte. Er unterstrich den prinzipiellen Aspekt, dass die bisherige Gleichstellung zwischen Minderheit und Mehrheit aufhören werde und dass die dänischen Schulen in der Praxis nicht mehr den Status öffentlicher Schulen für die dänische Minderheit haben würden. Er stellte fest, dass eine Lösung nur im Geiste der Zusammenarbeit gefunden werden könne, wie sie seit vielen Jahren die vorzüglichen Beziehungen beider Staaten prägten.⁵⁹ Die Vorsitzende des Kirchenausschusses im Folketing, Britta Schall Holberg, bezeichnete am 24. August anlässlich eines Besuchs in

Schleswig die Politik der Landesregierung als große Bedrohung der guten Zusammenarbeit und zeigte negative Konsequenzen auch im europäischen Rahmen auf, da die Politik Kiels auch ein negatives Beispiel für die Minderheitenpolitik in anderen Teilen Europas werden könne.⁶⁰

Unterschriftenaktion

Nach der Sommerpause 2010 mobilisierte die dänische Minderheit erneut ihre Angehörigen und Sympathisanten, um ihrem Protest gegen die Sparpläne Ausdruck zu verleihen. So wurde eine Unterschriftenaktion initiiert, die am 25. September in Aktionen im ganzen Landesteil Schleswig kulminierte. Zielmarke war dabei, insgesamt 25.000 Unterschriften zu sammeln.⁶¹ Die Aussage lautete: „Ich unterstütze die Gleichstellung der dänischen Schulkinder. Sie sind auch 100 Prozent wert!“⁶² Insgesamt wurden mehr als doppelt so viele Unterschriften gewonnen: 51.512 Protestunterschriften wurden dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinisches Landtags am 6. Oktober überreicht.⁶³ In der Woche darauf meldeten sich erstmalig auch der Präsident und Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, der deutsche Nordschleswiger

Hans Heinrich Hansen und der dänische Südschleswiger Heinrich Schultz, zu Wort und warnten angesichts der geplanten deutschen Sparmaßnahmen gegenüber beiden großen nationalen Minderheiten im Grenzland eindringlich die Regierungen in Kiel und Berlin vor den Folgen der Sparpolitik: „Dies wäre das Ende dieser Minderheitenpolitik.“⁶⁴

Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages

Am 8. Oktober 2010 überreichte der Wissenschaftliche Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtags der FDP-Fraktion eine Stellungnahme zur Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den dänischen Schulen.⁶⁵ Die Stellungnahme erfolgte in Beantwortung einer Frage vom 30. Juni 2010, in der darum gebeten wurde zu bewerten, ob die geplante Reduzierung gegen von der Bundesrepublik geschlossene internationale Abkommen verstößt. Konkret sollte geprüft werden, ob „die Bonn-Kopenhagener Erklärung“⁶⁶ vom 29.03.1955, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen eine Reduzierung des Satzes widerspre-

chen würden bzw. ob aus diesen Übereinkommen Rechtsansprüche erwachsen, die eine gleichgewichtige Förderung mit den öffentlichen Schulen erforderlich machen“.⁶⁷ Es ist zu bemerken, dass die Frage, ob es sich zugleich um eine Diskriminierung der Angehörigen der dänischen Minderheit handeln könnte, seitens der FDP gar nicht gestellt wurde. Die Stellungnahme gelangt zu dem Ergebnis: „Verstöße gegen von der Bundesrepublik Deutschland geschlossene internationale Über-einkommen durch eine Reduzierung des Schülerkostensatzes für die Schulen der dänischen Minderheit auf 85 Prozent der Höhe der öffentlichen Schülerkostensätze sind unmittelbar nicht ersichtlich. Das gilt unter dem Vorbehalt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aus-gestaltung sichergestellt wird, dass keine Schlechterstellung in Bezug auf gegebenenfalls vorhandene oder noch zu gründende Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung der dänischen Minderheit entstehen. Zudem wären die Auswirkungen der Kür-zungen zu evaluieren und ggf. sicherzustellen, dass bestehende internationale Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Schulsystems erfüllt werden. Zu-dem wird darauf hingewiesen, dass unter dem Geschichtspunkt

des Vertrauenschutzes geprüft werden sollte, ob die betroffenen Schulen in zumutbarer Weise – insbesondere in ihren Verpflichtungen des laufenden Schuljahres – getroffen werden und ob ihnen eine kurzfristige Anpassung an die veränderte finanzielle Lage möglich ist.⁶⁸

Seitens der FDP wurde daraufhin der Standpunkt vertreten, das Gutachten würde jeden Vorwurf der Diskriminierung zunichte machen. Bei Veröffentlichung des Deutsch-Dänischen Beamtenberichts am 12. November 2010 wiederholte Bildungsminister Klug diese Aussage und verknüpfte sie mit dem Beamtenbericht, obgleich dieser ebenfalls keinerlei Aussagen dazu enthält (siehe unten). Allerdings war diese Frage überhaupt nicht Bestandteil der Untersuchung und dazu werden im Ergebnis auch keine Aussagen gemacht. Die Frage der Diskriminierung der dänischen Minderheit müsste nämlich anhand anderer Ansätze und unter Einbeziehung anderer seitens der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen untersucht werden, die sich jedoch nicht unmittelbar aus dem Auftrag der FDP-Fraktionen ableiten lassen. Somit basieren die Schlussfolgerungen der FDP-Politiker auf einer politischen Interpretation der Stellungnahme, die jedoch nicht sachlich geboten

ist. Ferner fußt die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes auf der Prämisse, dass die dänischen Minderheitenschulen mit den anderen privaten Ersatzschulen zu vergleichen sind. Diese Prämisse trifft indes nicht zu, da der Dänische Schulverein de facto die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen gegenüber Schülern der dänischen Minderheit wahrnimmt. Folglich sind die dänischen Schulen in der Tat Regelschulen für die dänische Minderheit, weil eine öffentliche Alternative gar nicht geboten wird. Der Wissenschaftliche Dienst erkennt diese Problematik, gelangt aber dennoch zu dem interessanten Schluss: „Den Angehörigen der dänischen Minderheit stehen sowohl die öffentlichen Schulen als auch die Schulen der dänischen Minderheit sowie auch sonstige Ersatzschulen offen. Daher kann im Rechtssinne nicht davon gesprochen werden, dass es sich bei den Schulen der dänischen Minderheit um die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit handelt.“⁶⁹ Diese Einschätzung greift jedoch zu kurz und verkennt die Sachlage: Weder die öffentlichen Schulen noch andere private Ersatzschulen bieten einen minderheitengerechten Unterricht in Dänisch für Angehörige der Minderheit an. In dem diese international verbrieften

staatliche Verpflichtung tatsächlich durch den Dänischen Schulverein mit Mitteln des Landeshaushalts und zusätzlicher Finanzierung durch Dänemark wahrgenommen wird, sind seine Schulen in der Tat Regelschulen und somit auch quasi-öffentliche Schulen für die dänische Minderheit. Die Tatsache, dass die dänischen Schulen eine öffentliche Verpflichtung wahrnehmen, kann übrigens auch aus den Schlussfolgerungen der Stellungnahme abgeleitet werden, in denen festgestellt wird: „Sollte es zur Schließung von Ersatzschulen kommen, müsste die Erfüllung dieser Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Schulsystems sichergestellt werden. Die hierfür notwendigen Strukturen wären ggf. zu schaffen.“⁷⁰ Da jedoch die Schließung einer erheblichen Anzahl dänischer Schulen laut Einschätzung des Dänischen Schulvereins die unmittelbare Folge der Mittelkürzungen um 15 Prozent sein würden, folgt daraus, dass das Land Schleswig-Holstein den minderheitengerechten, qualifizierten dänischsprachigen Unterricht für die davon unmittelbar betroffenen Schüler zu gewährleisten hätte. Dies spricht wiederum dafür, dass die dänischen Schüler durch eine Schließung der dänischen Schulen, begründet in Sparmaßnahmen, diskriminiert werden würden, falls Schleswig-Holstein keine

entsprechende öffentliche Alternative als Ersatz gewährleistet. Bei Schließung von kleineren Minderheitenschulen als Konsequenz der Einsparungen müsste Kiel demnach einen gleichwertigen öffentlichen Ersatz anbieten. Dies würde das Land weitaus teurer zu stehen kommen als die Differenz zwischen 85 und 100 Prozent der öffentlichen Schülerkostensätze. Die dänische Minderheit reagierte umgehend und wie zu erwarten sehr ablehnend auf den Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes. Der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer bekämpfte die Einschätzung, dass die Kieler Regierungspläne eine Diskriminierung darstellen, während die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk, feststellte, dass die Prämisse des Wissenschaftlichen Dienstes, der Vergleich mit privaten Schulen, falsch sei, da sie Regelschulen für die Angehörigen der Minderheit und deshalb mit öffentlichen Schulen vergleichbar seien. Der Vorsitzende des Dänischen Schulvereins, Per Gildberg, erklärte, dass die Minderheit weiterhin für die Gleichstellung kämpfe und verwies auf das Schulgesetz von 2007.⁷¹ Der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses, Kim Andersen, deutete den Bericht als „bestellte Arbeit“ und erhob nochmals den Vorwurf der offenen Diskriminierung.⁷²



Gegengutachten des Dänischen Schulvereins

Als Reaktion auf die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes beauftragte der Dänische Schulverein den Rechtsanwalt Wilhelm Mecklenburg in Pinneberg, die Stellungnahme zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob die Zulässigkeit der Kürzung mit der Stellungnahme untersucht sei. Seine Beurteilung lag am 29. Oktober 2010 vor und enthielt eine eindeutige Kritik an den Schlussfolgerungen des Wissenschaftlichen Dienstes.⁷³ Er liefert eine detaillierte Kritik und gelangt schließlich zu dem Ergebnis, dass: „Artikel 8 Abs 4 LVerf in der Zusammenschau mit dem Gleichheitsgrundsatz nach Ziffer II.3 der Bonner Erklärung und dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes eine 100 Prozent-Förderung des Systems der Schulen der Dänischen Minderheit nach dem objektiven Kriterien des gedachten vergleichbaren Systems öffentlicher Schulen für die Dänische Minderheit verlangt.“⁷⁴ Somit lagen Ende Oktober zwei entgegengesetzte Rechtsauffassungen vor. Der Grünen-Abgeordnete und minderheitenpolitische Sprecher Rasmus Andresen kommentierte daraufhin das Mecklenburg-Gutachten in einer Presseerklärung,

in der er feststellte: „Politisch ist und bleibt die Kürzung bei den dänischen Schulen falsch. Wir Grünen teilen die Auffassung des dänischen Schulvereins. Eine Diskriminierung von SchülerInnen an den dänischen Schulen lehnen wir Grünen strikt ab.“⁷⁵ Seitens der Regierungskoalition gab es keine offiziellen Reaktionen. Dennoch ließ sich der minderheitenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Carsten-Peter Brodersen, zu einer im Ton verblüffend aggressiven Pressemitteilung verleiten, in der er Andresen heftig angreift, ohne sich ansatzweise mit der Kritik des Gegengutachtens auseinanderzusetzen: „Es ist befremdlich, dass der grüne Abgeordnete Rasmus Andresen offenbar kein Vertrauen in den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages hat. Ich gehe davon aus, dass er dessen Gutachten kennt. Die Expertise und Neutralität des Wissenschaftlichen Dienstes sollte von allen Fraktionen anerkannt sein. Wie Herr Andresen dennoch von Diskriminierung sprechen kann, bleibt wohl sein Geheimnis. Derlei populistische Kampfparolen dienen auf keinen Fall einer konstruktiven Auseinandersetzung.“⁷⁶ Damit bestätigte Brodersen in seinem Bestreben, die Deutungshoheit zu wahren, nochmals seine nicht substantiell begründete Auslegung

des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes als hinreichender „Beweis“ dafür, dass eine Diskriminierung nicht vorliege, obgleich dies gar nicht Gegenstand der Stellungnahme war.

Bericht der deutsch-dänischen Beamtenarbeitsgruppe



In ihrem Telefonat am 29. Juni 2010 hatten der dänische Ministerpräsident Rasmussen und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Carstensen, wie oben erwähnt, die Bildung einer sogenannten Ad-hoc-Arbeitsgruppe vereinbart, um die Finanzierung der Minderheitenschulen zu erhellen. An der Arbeit der dänisch-deutschen Arbeitsgruppe beteiligten sich Vertreter der dänischen Ministerien für Finanzen, Äußeres, Bildung, Innen- und Gesundheit sowie das Büro des Ministerpräsidenten. Auf deutscher Seite waren die Staatskanzlei, das Ministerium für Bildung und Kultur sowie das Finanzministerium in Schleswig-Holstein eingebunden. Ferner wirkte ein Vertreter der Bundesregierung als Beobachter mit. Aufgabe der Arbeitsgruppe war teils die Beschreibung der Hintergründe der Bedingungen des Schulbetriebs für die Minderheiten, teils die Darlegung der Entwicklung

der Zuschüsse bzw. Einnahmen zum Schulbetrieb für die beiden Minderheiten.⁷⁷ Diese Aufgaben wurden in einer Reihe von Sitzungen im Zeitraum von Anfang September bis Mitte Oktober 2010 gelöst. Der Bericht wurde am 12. November auf der Homepage der Landesregierung <http://www.schleswig-holstein.de> in deutscher und dänischer Fassung sowie am gleichen Tag in dänischer Fassung auf der Homepage des dänischen Unterrichtsministeriums <http://www.uvm.dk> veröffentlicht.⁷⁸

Konkret bietet der Bericht eine Beschreibung der historischen und politischen Entwicklung der Bedingungen der beiden Minderheiten, eine Darstellung der gesetzlichen Grundlagen, eine detaillierte Darstellung der Finanzierung der Schulen sowie einen Anhang. Der Bericht enthält weder Aussagen zu Fragen einer möglichen Diskriminierung noch werden Bewertungen vorgenommen. Vielmehr handelt es sich um eine rein faktenbezogene Darstellung. Dabei wurde in der Einleitung mit dem Blick auf Dänemark u. a. festgestellt: „Der Zuschuss für die deutschen Minderheitenschulen betrug 2009 ca. 96 Prozent der durchschnittlichen Betriebskosten pro Schüler in der dänischen Volksschule.“⁷⁹



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

Hilfen aus Kopenhagen und Berlin

Beinahe zeitgleich mit der Veröffentlichung des Beamtenberichts schritten die Regierungen in Dänemark und Deutschland zur Tat, letztere wohl insbesondere auch, um der Kieler Landesregierung einen Ausweg aus der verfahrenen Lage anzubieten. Zunächst handelte die dänische Regierung. Am 8. November wurde in Kopenhagen durch die Regierungsparteien Venstre und De Konservative sowie die parlamentarischen Kooperationspartner Dansk Folkeparti und Kristendemokraterne eine Gesamtvereinbarung über den Haushalt Dänemarks für 2011 erzielt, in dem u. a. festgestellt wird, dass die Parteien sich darin einig seien, die finanzielle Förderung der deutschen Minderheitenschulen zu erhöhen, um sicherzustellen, dass eine völlige Einhaltung des Gleichbehandlungsprinzips gegenüber den deutschen Minderheitenschulen gewährleistet wird.⁸⁰ Daraufhin sagte die Folketingssabgeordnete Ellen Trane Nørby, dass Dänemark hiermit ein deutliches Signal an die Deutschen schicke, dass Dänemark die Anerkennung der Minderheiten ernst nimmt. Sie forderte Kiel dazu auf, die Sparmaßnahmen zu überdenken.⁸¹

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts, teilte die dänische Unterrichtsministerin Tine Nedergaard mit, dass die dänische Regierung die Förderung der deutschen Minderheitenschulen 2011 um 2,5 Millionen Kronen ansteigend bis 4,6 Millionen Kronen im Jahr 2014 anheben wird. Sie begründete die Anhebung damit, dass es in Dänemark eine gute und lange Tradition dafür gebe, die deutsche Minderheit gut zu behandeln. Dies betreffe insbesondere die Schulbildung deutschgesinnter Kinder, die die gleichen Möglichkeiten haben sollten wie dänische Kinder. Deshalb habe die Regierung Maßnahmen ergriffen, um eine volle finanzielle Gleichstellung der deutschen Schulen mit den öffentlichen Schulen zu gewährleisten.⁸² Hiermit half Kopenhagen der deutschen Minderheit in einer äußerst schwierigen Situation, wo sie aufgrund von drohenden Sparmaßnahmen in Kopenhagen, Kiel und Berlin um ihre Substanz fürchten muss.⁸³ Die Vorgabe aus Kopenhagen gab ein deutliches Signal an die deutsche Seite. Berlin reagierte (vermutlich in diplomatischer Abstimmung mit der dänischen Seite, obgleich diese Annahme bisher nicht durch zuverlässige Quellen zu belegen ist) mit einer Sonderzuwendung an den Dänischen Schulverein: In der Nacht



Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und das deutsch-dänische Verhältnis aus Sicht des Karikaturisten Niels Poulsen: Ablehnende Haltung von Königin Margarethe II., mahnende Worte von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

vom 11. auf den 12. November 2010 beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages einmütig zunächst im Jahr 2011 eine Sonderzuwendung von 3,5 Millionen Euro an den Dänischen Schulverein aus dem Etat des Bundesinnenministeriums zu zahlen, wodurch der größte Teil der von Kiel geplanten Einsparungen von 4,7 Millionen Euro kompensiert würde.⁸⁴ Hinzu kommen 170.000 Euro für bauliche Maßnahmen an dänischen Schulen. Zugleich wurde in derselben Sitzung jedoch die Zuwendung des Bundes an die deutsche Minder-

heit in Dänemark um eine Million Euro gekürzt. Jürgen Koppelin, FDP-Landesvorsitzender und Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, wertete die Entscheidung als seinen politischen Erfolg.⁸⁵

Die dänische Minderheit begrüßte die Entscheidung Berlins, verwies jedoch zugleich auf den weiterhin zu erwartenden Fehlbetrag von 1,2 Millionen Euro. Der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer interpretierte die Entscheidung nicht nur als finanzielle Hilfeleistung, sondern auch als deutlichen



Fingerzeig und Aufforderung zur Gleichstellung seitens der Bundesregierung an Kiel.⁸⁶ Die Kieler Landesregierung fasste das Zeichen jedoch völlig anders auf und sah sich keineswegs dazu veranlasst, den Fehlbetrag von 1,2 Millionen Euro beizubringen.⁸⁷ Daraufhin sagte Meyer desillusioniert, dass die Landesregierung dabei sei, die jahrzehntelange Minderheitenpolitik zu zerstören, um eine Million Euro einzusparen. Kiel würde dadurch Dänemark nach dessen Vorleistung „an der Nase vorführen“ und zum Narren halten.⁸⁸

Seitens der deutschen Minderheit wurde die Berliner Entscheidung mit gemischter Reaktion aufgenommen: Einerseits begrüßte sie die Sonderzuwendung an die dänische Minderheit, andererseits beklagte sie, dass die Zuwendung an ihre Minderheitenarbeit aufgrund angeblichen Geldmangels zugleich um eine Million Euro beschnitten wurde. Die dadurch entstehende Fehlsumme ab 2011, so der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen, könnte zu einem Arbeitsplatzabbau von knapp 10 Prozent der 350 Vollzeitstellen der deutschen Minderheit führen.⁸⁹ Deswegen werde es demnächst zu einer „Zerreißprobe innerhalb der Minderheit kommen.“⁹⁰ In einem Leitartikel

des Nordschleswiger schrieb der Chefredakteur Siegfried Matlok von einer „dankbar-enttäuschen-den“ Situation: „Natürlich wollen wir niemanden beleidigt zu nahe treten, aber diese 3,5 Millionen sind allein ein Versuch, die Scherben in der Minderheitenpolitik, die durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung gegen die dänische Minderheit entstanden sind, außenpolitisch aufzuräumen, um gegenüber Dänemark als Partner zu demonstrieren, wie wichtig der Bundesrepublik die Minderheitenpolitik bilateral noch ist. Jedoch, allein mit den 3,5 Millionen, die an den dänischen Schulverein überwiesen werden, sind die Kieler Schäden nicht bereinigt. Vor allem besteht die dänische Minderheit, zu Recht, auf der gesetzlich garantierten 100-prozentigen Förderung ihrer Schüler. Das Prinzip Gleichbe rechtigung, von Kopenhagen vor einigen Tagen auch im Blick auf Berlin für die deutschen Schulen realisiert, ist minderheitenpoli tisch wichtiger als Fehlbeträge. Bei diesem taktischen Schachzug der Koalitionspolitiker, die Kieler Landesregierung zu entlasten, ist die deutsche Minderheit ,unter die Räder gekommen.“⁹¹



Auch das Flensburger Tageblatt übte unmissverständliche Kritik an Kiel und Berlin. Der Chefredakteur Stephan Richter schrieb in einem Leitartikel unter dem Titel „Deut sches Trauerspiel im Grenzland“: „Die alten Lobeshymnen von der ‚Modellregion Europa‘ klingen wie ein Hohn in den Ohren. Ausgerechnet die schwarzgelbe Landes- und die Bundespolitik hat es geschafft, die Minderheiten im Grenzland gegeneinander auszuspielen. Statt das Miteinander zu fördern, begann ein finanzielles Geschacher ohne nationalen und europapolitischen Kompass und ohne Fingerspitzengefühl.“ Und weiter: „Der Umgang mit den Minderheiten im Grenzland ist gerade für eine CDU-geführte Bundesregierung beschämend.“⁹² Am folgenden Tag schrieb das Wochenblatt Schleswig-Holstein am Sonntag, ebenfalls Produkt des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, hingegen mit viel Verständnis für die Kieler Position von einem „Grenzkampf im Nor den“ und gelangte dabei zu der Einschätzung, dass die dänischen Schulen deutlich bessergestellt seien gegenüber öffentlichen Schulen, die Minderheitenschulen sogar „prächtig“ dastünden.⁹³

Reaktionen

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe kommentierte Bildungsminister Klug den Bericht in einer Pressemitteilung. Darin stellte er u.a. fest, dass die „Entscheidung der Landesregierung richtig ist, jeder Diskriminierungsvorwurf geht ins Leere“. Daraufhin verwies er auf die Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages (siehe dazu oben) und betonte seine Freude darüber, dass die Bundesregierung aus „gesamt staatlichen Gründen“ die dänische Minderheit 2011 mit 3,5 Millionen Euro „für kulturelle Zwecke und damit auch für den dänischen Schulverein unterstützte“. Er rechnete ferner vor, dass aufgrund dieser Zuwendung die 85 Prozent zu einer 96-prozentigen Förderung der Schulen führe - und dies „sei genau die Größenordnung, in der der dänische Staat die deutschen Schulen im Jahr 2009 gefördert habe“. Schließlich unterstrich er laut Pressemitteilung, dass die „Landesregierung größtes Interesse an dauerhafter Gleichbehandlung habe und kündigte ein neues Finanzierungsmodell ab 2013 an, das diesem Grundsatz folge.“⁹⁴



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

Obgleich Klug in diesem Statement die bereits im Oktober seitens der FDP-Landtagsfraktion vertretene diskutable Auslegung der Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes wiederholte (vgl. dazu die Analyse oben), unterließ ihm in der Bewertung der 96-prozentigen Förderung ein ernsthafter Fehler, der sich womöglich dadurch erklären lässt, dass er lediglich die Zahl in der Einleitung des Berichts, aber nicht die detaillierte Auflistung in Tabellen wahrgenommen hatte: Die Zuwendungen seitens Dänemark von 96 Prozent an die Schulen der dänischen Minderheit betreffen nämlich lediglich und ausschließlich die Förderung der deutschen Schulen der Klassenstufen 1-9 bzw. 10, die mit den dänischen öffentlichen Volksschulen (folkeskoler) verglichen wurden. Hier wurde 2009 in der Tat eine Förderung von 96 Prozent geleistet.⁹⁵ Hingegen vergisst Klug den wichtigen Umstand zu erwähnen, dass die dänische Förderung an das Deutsche Gymnasium Nordschleswig im Jahr 2009 ganze 102 Prozent der Förderung von Schülern an öffentlichen dänischen Gymnasien betrug.⁹⁶ Sein Postulat, dass die Gesamtförderung der dänischen Schulen in Schleswig-Holstein im Jahr 2011 analog zur Förderung der deutschen Schulen in Nordschleswig 96

Prozent betragen werde, ist somit nicht stichhaltig. Konkret werden demnach auch die Schüler der gymnasialen Oberstufen in Schleswig und Flensburg lediglich mit 96 Prozent gefördert, obgleich der dänische Staat die gymnasialen Oberstufenschüler der deutschen Minderheit im Vergleichsjahr mit 102 Prozent gefördert hatte. Außerdem wird der Umstand ignoriert, dass Dänemark bereits für das Jahr 2010 eine 100-prozentige Förderung der deutschen Schulen gewährleisten wird, wodurch die Vergleichsgröße als Legitimierungsrahmen obsolet wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung Klugs in der o.g. Pressemitteilung vom 12. November 2010, mit der Millionenförderung des Bundes sei faktisch „Gleichbehandlung erreicht“.⁹⁷ Diese Aussage setzt voraus, dass ohne die Bundesmittel keinesfalls von einer Gleichbehandlung die Rede sein kann, sondern vielmehr eine Ungleichbehandlung der dänischen Minderheit gegeben sei. Ungleichbehandlung bedeutet allerdings nichts anderes als Diskriminierung. Dies war dem Minister offensichtlich bewusst, da er das Interesse der Landesregierung an „dauerhafter Gleichbehandlung“ hervorhob. Folglich negiert der Bildungsminister im Pressetext seine eigene Aussage: „Jeder Diskriminierungsvorwurf geht ins

Leere“. Der sich bietende taktische Rückzug der Landesregierung, ermöglicht durch das außenpolitisch motivierte Eingreifen des Bundes, bot mit der Pressemitteilung des Bildungsministers also unbeabsichtigt neue Angriffsflächen.

Der Dänische Schulverein verlangte weiterhin eine völlige Gleichstellung und pochte auf 100 Prozent, wobei der Direktor des Schulvereins, Anders Molt Ipsen, feststellte, dass für den Verein nicht das Geld, sondern das Prinzip der Gleichstellung am wichtigsten sei.⁹⁸ Aus Unzufriedenheit mit der weiterhin von der Landesregierung beabsichtigten einseitigen Kürzung, die angesichts des Beschlusses der dänischen Regierung, eine Aufstockung der Mittel für die deutschen Minderheitenschulen bereits ab dem Jahr 2011 vorzunehmen, als ungerecht wahrgenommen wurde, berief der Gemeinsame Rat der dänischen Minderheit am 29. November 2010 erstmalig in der Geschichte des Grenzlandes eine öffentliche Großveranstaltung (stormøde) in Flensburg ein, um die Minderheitenpolitische Lage und etwaige weitere Schritte zu erörtern. Hier beschlossen die ca. 300 Anwesenden einstimmig eine Protestresolution, die u. a. an Bundeskanzlerin Merkel ging verbunden mit der Bitte um ein Treffen.⁹⁹

Aus Dänemark gab es Lob für die Berliner Entscheidung. Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses, Kim Andersen, sah diese als Eingeständnis der Bundesregierung, dass die Kürzungspläne Kiels die dänische Minderheit diskriminiere.¹⁰⁰ Zugleich unterstrich er, dass Gleichstellung 100 Prozent und nicht 85 oder 96 Prozent bedeute.

Seitens der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen wurde hingegen eindeutige Kritik an der deutschen Minderheitenpolitik geäußert. Der Präsident Hans Heinrich Hansen, von 1993-2006 langjähriger Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, stellte fest: „Nach vielen Jahren vorbildhafter Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland ist nun durch die fehlende Finanzierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig durch die Bundesrepublik Deutschland eine tickende Bombe unter das deutsch-dänische Grenzlandmodell gelegt worden. Die deutschen Nordschleswiger müssen feststellen, dass ihr Mutterland sie im Stich lässt mit im Moment noch unübersehbaren Folgen für ihre Zukunft als deutsche Minderheit in Dänemark.“¹⁰¹ Er sah das deutschdänische Grenzlandmodell in Gefahr aufgrund der deutschen



Politik, während die dänische Politik den Respekt und die Anerkennung der Minderheit deutlich zeigt und Vorbild sein sollte für Deutschland.¹⁰²

Als sich trotz des finanziellen Eingreifens der Bundesregierung zeigte, dass die Landesregierung keineswegs bereit war, den Fehlbetrag auszugleichen, sondern sich vielmehr in ihrer Politik bestätigt sah, reagierte die dänische Regierung mit Verwunderung: Die Außenministerin Lene Espersen lobte die Sonderzuwendung aus Berlin und äußerte zugleich ihr Unverständnis gegenüber der Politik Kiels.¹⁰³ Zugleich zeigte sie sich darüber erfreut, dass die Angelegenheit das sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht belastet habe. Die dezent diplomatisch ausgedrückte Verärgerung über Kiel war somit nicht zu überhören.

Schlussfolgerungen

Die von der Landesregierung beschlossenen und in den Landtag eingebrachten Sparmaßnahmen führten zur bisher größten minderheitenpolitischen Krise seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Die Minderheit, die dänische Regierung und Politiker des gesamten Spektrums in Dä-

nemark distanzierten sich - wie auch die gesamte Opposition im Kieler Landtag - von der Politik der Regierung Carstensen. Jedoch handelt es sich dabei nicht um einen zwischenstaatlichen Konflikt, was seitens der dänischen Politik und der Minderheit stets hervorgehoben wurde. Die Empörung der Minderheit und in Dänemark wurde zudem von zahlreichen Angehörigen der Mehrheit geteilt. Mehrere kommunale Vertretungen beschlossen Protesterklärungen gegen die geplanten Einsparungen.¹⁰⁴ Am 6. Oktober 2010 verabschiedete beispielsweise der Kreistag Schleswig-Flensburg eine Resolution, in der eine „Ungleichbehandlung der dänischen Minderheit“ abgelehnt wird, zumal „der Kreis sich außerstande sieht, einen Ausgleich zu schaffen.“ In einem Begleitschreiben u.a. an den Ministerpräsidenten schrieben Kreispräsident Eckard Schröder und Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach: „Wir sind daher in großer Sorge, dass die politischen Auswirkungen der diskriminierend anmutenden Kürzungen im Bereich der dänischen Schulen die in Jahrzehnten gewachsene Vertrauensbasis und das achtungsvolle, freundliche Miteinander in der deutsch-dänischen Grenzregion erheblich beschädigen könnten.“¹⁰⁵ Zivilgesellschaftliche Akteure au-

berhalb der Minderheit bezogen ebenfalls dagegen Stellung.¹⁰⁶ An den Demonstrationen und Protestaktionen beteiligten sich nicht nur Minderheitenangehörige, sondern auch etliche Sympathisanten und jene, die aus prinzipiellen Gründen gegen eine Diskriminierung der Schüler der Minderheit sind. So beteiligten sich auch politische Mandatsträger der SPD, Grünen und sogar der CDU an den Protestveranstaltungen. Viele Tausend Angehörige der Mehrheitsbevölkerung unterschrieben die Protestlisten und zeigten sich in Gesprächen verblüfft, zum Teil auch verärgert über die Politik Kiels. Allerdings gab es auch vereinzelte minderheiten- und dänenfeindliche Aussagen, u.a. auch in einer Leserzuschrift an Flensburg Avis, die („im Interesse des Absenders“) jedoch nicht unter seinem Namen veröffentlicht, deren Inhalt jedoch in einem kommentierenden Artikel vorgestellt wurde. Dabei wurde die dänische Minderheit mit Fäkalbegriffen und Hasstiraden beschimpft.¹⁰⁷ Hier wurden also Auffassungen artikuliert, die trotz des Miteinanders sehr wohl auch noch heute im Grenzland anzutreffen sind und die „salonfähig“ werden könnten in einer sehr angespannten Situation mit erhitzten politischen Auseinandersetzungen. Jedoch sind dies zumindest bisher

isolierte Ausnahmen, die das in der Regel positive Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit nicht anfechten. Mitten in der Krise setzten die Flensburger Bürger sogar ein Signal der Inklusion: So wurde am 21. November 2010 der SSW-Kandidat Simon Faber mit 55 Prozent der gültigen Stimmen in der Stichwahl zum neuen Flensburger Oberbürgermeister gewählt.¹⁰⁸ Die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Anke Spoerrendonk, deutete den Erfolg Fabers als deutliches Zeichen auch der Mehrheitsbevölkerung dafür, dass die dänische Minderheit in der Stadt dazu gehört. Das Verhältnis zwischen Minderheit und Landespolitik ist nüchtern gesehen erheblich beschädigt worden. Der Vertrauensverlust scheint nachhaltig zu sein. Falls die Regierung Carstensen dennoch zu einem Umdenken bewegt werden sollte, müsste sie in Zukunft intensiv an dem gestörten Verhältnis zur Minderheit und zu Dänemark arbeiten. Ferner sind negative Folgewirkungen für das bisher stets positiv bewertete deutsch-dänische Minderheitenmodell zu erwarten.¹⁰⁹ Die dänische und deutsche (wie übrigens auch die national-friesische) Minderheit werden sich kaum weiterhin als Teilhaber eines europäischen Modelfalls betrachten. Schleswig-Holstein



Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)

wird sich nicht mehr mit seiner Minderheitenpolitik international positionieren können. Das bereits erzeugte negative internationale Aufsehen im Europarat, aber auch in der Europäischen Union, ist der Glaubwürdigkeit und dem Prestige Schleswig-Holsteins im Bereich der Minderheitenpolitik abträglich.

Das idyllische Bild der Minderheitenpolitik mit der unermüdlichen Wiederholung und Beschwörung der positiven Entwicklung von Gegeneinander zum Miteinander und mit der Perspektive des Für-einanders ist zumindest erheblich angekratzt, wenn nicht gar lädiert worden. Die Entwicklungen, Reaktionen und Zusätzungen auf allen Seiten seit der Vorstellung der geplanten Sparmaßnahmen am 26. Mai 2010 zeigen, wie fragil das Minderheitenmodell ist und bestätigt nachdrücklich, wie unverzichtbar eine ständige Pflege seiner grundlegenden Elemente ist.¹¹⁰ Obgleich insgesamt gesehen und begründet in den Aktivitäten der dänischen und bundesdeutschen Regierung, die beide die Verbindlichkeit der Minderheitenregelungen unterstrichen haben, weiterhin von einer Nachhaltigkeit des Minderheitenmodell ausgegangen werden kann,¹¹¹ kann Anfang Dezember 2010 dennoch nüchtern festgestellt werden,



Umzug beim Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Flensburg 2010 als Demonstration gegen die Sparbeschlüsse der Landesregierung.

dass die Minderheitenregelungen kontinuierliche Pflege erfordern und sehr viel Fingerspitzengefühl voraussetzen, das offensichtlich in der aktuellen Austeritätspolitik Kiels abhandengekommen ist. Andererseits kann auch festgestellt werden, dass die Mechanismen,

die seit 1920 und insbesondere 1955 durch einen langen Prozess entstanden sind, tatsächlich funktionieren: Copenhagen und Berlin wurden umgehend aktiv, um Kollateralschäden zu verhindern, obgleich es trotz einer finanziellen Sonderzuwendung seitens der Bundesregierung nicht unmittelbar gelang, die Kieler Landesregierung von ihrem Ansinnen abzubringen. Die Minderheit zog sich in dieser Situation nicht aus der

Gesellschaft und dem politischen Diskurs zurück, sondern forderte aktiv und demonstrativ unter Zuhilfenahme aller Möglichkeiten und Instrumente ihre Rechte als Bürger im Lande ein.

Seit dem 26. Mai 2010 wurde klar, dass die Minderheit sich nicht abschotten will, sondern aktiv in der Gesellschaft mitzuwirken wünscht und hier eine Anerkennung einfordert. Das Pochen auf Gleichstellung ist zugleich Indiz des Willens zur Teilhabe an der Gesellschaft. Dies ist ein erheblicher Unterschied im Vergleich zur Ausgangslage um 1955. Die positive Gesamtentwicklung von der Abgrenzung des Jahres 1955 bis zur aktiven zivilgesellschaftlichen Partizipation in der unmittelbaren Gegenwart ist somit bestätigt worden.¹¹² Allerdings haben das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins im letzten halben Jahr erheblichen Schaden genommen. Die dadurch erzielten Einsparungen von knapp 5 Millionen Euro pro Jahr sind dabei für die Landesregierung lediglich ein geringer Trost angesichts dieser Situation, in der sich die minderheitenpolitischen Absichtserklärungen der Koalitionsvereinbarung von 2009 als leere Worthülsen erwiesen haben.



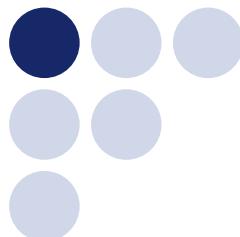
Eine Kehrtwende der Minderheiten-Politik? (von Jørgen Kühl)



Die A.P. Møller-Skolen in Schleswig

Das Jahr 2010 wird somit einen zentralen Platz in der Geschichte des Grenzlandes und der Minderheitenpolitik einnehmen als Jahr der Kehrtwende der Minderheitenpolitik – gewissermaßen als Lehrstück dafür, wie Minderheitenpolitik nicht gemacht werden sollte. In dieser Hinsicht hat die Regierung Carstensen vermutlich unbedacht und unbeabsichtigt einen allerdings negativen europäischen Modellfall der Minderheitenpolitik auf den Weg gebracht. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch von den Minderheitenexperten

des Europarats zu kritischen Anmerkungen führen, wie auch die internationale Minderheitenforschung diese schlagartige Umkehr und Regression einer positiven auf Inklusion bedachten Minderheitenpolitik mit Interesse analysieren und diskutieren wird. Wenn 2015 die Deutschen und Dänen erneut ein Jubiläum der Minderheitenregelungen von 1955 feiern werden, wird kaum jemand um eine rückblickende Bewertung und kritische Würdigung der Geschehnisse und Entwicklungen von 2010 herumkommen.



Jørgen Kühl
Leiter der
AP Møller-Skolen,
Schleswig

Anmerkungen

¹ Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz vom 24. Januar 2007, Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein 2007, 39. Hier wird in § 124 festgelegt: „Dem Träger der Schulen der dänischen Minderheit wird für jede Schülerin und jeden Schüler unabhängig vom Bedarf der Zuschuss in Höhe von 100 Prozent der öffentlichen Schülerkostensätze gewährt, die für das dem Jahr der Bezuschussung vorausgehende Jahr festgestellt worden sind. Für die Feststellung der öffentlichen Schülerkostensätze sind die Sach- und Personalkosten (§ 48 Abs. 1 Satz 2, § 36 Abs. 2) zu Grunde zu legen, die im Landesdurchschnitt für eine Schülerin oder einen Schüler an einer öffentlichen Schule der vergleichbaren Schulart in dem der Feststellung vorausgehenden Jahr entstanden sind.“

² „Die Arbeitsgruppe hat auch die Frage einer eigenständigen gesetzlichen Regelung der Förderung der Schulen der dänischen Minderheit geprüft. Rechtlich handelt es sich bei den dänischen Schulen um Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Die Schulen der dänischen Minderheit haben für die dänische Minderheit eine vergleichbare Bedeutung wie die öffentlichen Schulen für die Mehrheitsbevölkerung. Um diesen minderheitenpolitischen Unterschied zu den übrigen Ersatzschulen in freier Trägerschaft zum Ausdruck zu bringen, schlägt die Arbeitsgruppe vor, die Regelungen für die dänischen Schulen und die übrigen Schulen in freier Trägerschaft innerhalb des Schulgesetzes in gesonderten Paragraphen oder Absätzen vorzunehmen.“, siehe <http://100prozent.dk/de/argumente-faq.html> (zuletzt besucht am 26. November 2010).

³ Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein. Bericht für 2005-2010, Kiel, Februar 2008, S. 32.

⁴ So Johann Wadehul (CDU), ebenda, S.10-11.

⁵ Ebenda, S. 15.

⁶ Ebenda, S. 17.

⁷ Ebenda, S. 7.

⁸ Koalition des Aufbruchs. Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) in Schleswig-Holstein für die 17. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags, CDU Schleswig-Holstein, FDP Landesverband Schleswig-Holstein, 2009, S. 32 (zugänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/378756/publicationFile/Ko-alitionsvereinbarung.pdf>, zuletzt besucht am 17. November 2010). Siehe zum Koalitionsvertrag ferner <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4879460/Koalitions-vertrag-in-Schleswig-Holstein-steht.html> (zuletzt besucht am 17. November 2010).

⁹ Siehe zum DialogForumNorden, in dem Vertreter der vier anerkannten Minderheiten und Vertreter weiterer Institutionen und Organisationen zusammenarbeiten das Faltblatt http://www.landtag.ltsh.de/parlament/minderheitenpolitik/dfn_faltblatt.pdf.

¹⁰ Presseinformation der FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Nr. 068/2010, Kiel, Mittwoch, 24. Februar 2010.

¹¹ Flensburg Avis, 6.5.2010.

¹² Siehe Jørgen Kühl: Sydslesvig 1960-2010, Tilbageblik og perspektiver, in: Sydslesvigsk Arborg 2010, Flensburg 2010, S. 35-47, hier S. 42 ff.

¹³ CDU/FDP HaushaltsStrukturKommission: Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Handlungsfähigkeit erhalten. Zukunftschancen ermöglichen. Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, S. 25, <http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/907436/publicationFile/sparkonzept.pdf> (zuletzt besucht am 17. November 2010)

¹⁴ Z.B. Flensburger Tageblatt, 9.6.2010. Hier wird Carstensen im Anschluss an einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der Region Süddänemark, Carl Holst, mit der Aussage zitiert: „Ich weiß um die Leistungen der Minderheit“, aber die Haushaltsslage sei „so wie sie ist“.

¹⁵ Vgl. mit der Darstellung der Landesregierung auf http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Haushaltskonsolidierung/DasKonzept/dasKonzept_node.html (zuletzt besucht am 17. November 2010).

¹⁶ Ende Juli 2010 hatte Schleswig-Holstein insgesamt 2.831.957 Einwohner, siehe <http://www.statistik-nord.de/index.php?id=1273> (zuletzt besucht am 26. November 2010). Somit entspricht die geschätzte Maximalzahl der Angehörigen der dänischen Minderheit 1,77 Prozent der Gesamtbevölkerung.

¹⁷ Dies bewahrheitete sich Ende November 2010, als der Kreis Rendsburg-Eckernförde die Halbierung der Schülerbeförderungszuwendungen für 2011 mitteile, während die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ebenfalls weitgehende Kürzungen erwägen. Dadurch wird der Grundsatz der Gleichstellung ebenfalls außer Kraft gesetzt. Vgl. Flensburg Avis, 26.11.2010.



Anmerkungen

- ¹⁸ Vgl. dazu ferner Flensburg Avis, 5.6.2010.
- ¹⁹ Flensburg Avis, 25.8.2010.
- ²⁰ Flensburg Avis, 26.5. und 27.5.2010.
- ²¹ Flensburg Avis, 28.5.2010.
- ²² Ebenda.
- ²³ Siehe die umfassende Berichterstattung zu den dänischen Jahrestreffen in Flensburg Avis, 31.5.2010.
- ²⁴ Flensburg Avis, 31.5.2010.
- ²⁵ Flensburg Avis, 2.6.2010.
- ²⁶ Flensburg Avis, 3.6.2010.
- ²⁷ Flensburg Avis, 8.6.2010.
- ²⁸ Flensburg Avis, 5.6.2010. Medien-Information, Dialog-ForumNorden, 3.6.2010: DialogForumNorden – deutsch-dänisches Grenzland-Gremium kritisiert Sparpläne der Landesregierung.
- ²⁹ Siehe <http://100prozent.dk/de/home.html> (zuletzt besucht am 27. November 2010).
- ³⁰ Flensburg Avis, 7.6.2010.
- ³¹ Flensburg Avis, 16.6.2010.
- ³² Carl Holst: Imod änden fra 1955 at lukke danske skoler, <http://www.dr.dk/Nyheder/Indland/2010/06/09/105702.htm?rss=true> (zuletzt besucht am 17. November 2010). Flensburg Avis, 9.6.2010.
- ³³ Carstensen og Holst: Einge om ikke at være enige, <http://www.regionyddanmark.dk/wm320919> (zuletzt besucht am 17. November 2010).
- ³⁴ Flensburg Avis, 14.6.2010.
- ³⁵ Flensburg Avis, 14.6.2010.
- ³⁶ Flensburg Avis, 17.6.2010. Plenarprotokoll, 20. Sitzung, Mittwoch, 16. Juni 2010, http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/plenum/plen-prot/2010/17-020_06-10.pdf (zuletzt besucht am 26.11.2010).
- ³⁷ Flensburg Avis, 28.6.2010; Flensburger Tageblatt, 28.6.2010; Schleswiger Nachrichten, 28.6.2010. KN-Online, Kieler Nachrichten, 27.6.2010.
- ³⁸ Siehe dazu Lars N. Henningsen (Hg.): Sydslevigs danske historie, Flensburg 2009, S. 238.
- ³⁹ Flensburg Avis, 2.6.2010.
- ⁴⁰ Flensburger Tageblatt, 7.7.2010.
- ⁴¹ Flensburg Avis, 3.7.2010.
- ⁴² Siehe dazu Jürgen Kühl: Kiel undergraver dansk-tysk mindretalsmodel, in: Graensen, nr. 4, August 2010, S. 5-11. Ferner Flensburg Avis, 8.7.2010.
- ⁴³ Der Nordschleswiger, 9.7.2010.
- ⁴⁴ Flensburg Avis, 4.8.2010.

- ⁴⁵ Der Nordschleswiger, 10.7.2010.
- ⁴⁶ Brief des Sydslevigske Samråd an Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, 1.6.2010; Brief des Sydslevigske Samråd an Ministerpräsident Carstensen, 1.6.2010.
- ⁴⁷ Brief an den Präsidenten des Expertenkomitees des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, 9.6.2010; Brief an den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses des Europarats für die Sprachencharta, 9.6.2010.
- ⁴⁸ Prof. Dr. Dr. Rainer Hofmann, Präsident des Beratenden Ausschusses des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten an Per Gildberg und Dieter Küssner, Straßburg, 30. Juni 2010.
- ⁴⁹ Flensburg Avis, 24.8.2010 und 27.8.2010.
- ⁵⁰ SSF-Pressemeldung: Europarat-Experten: Kürzungsbestrebungen der Landesregierung bei der dänischen Minderheit verstoßen gegen das Bundesrecht, 2.9.2010. Siehe auch Flensburg Avis, 4.9.2010.
- ⁵¹ Flensburg Avis, 1.6.2010.
- ⁵² Flensburg Avis, 6.7.2010.
- ⁵³ Vgl. Flensburg Avis, 7.7.2010.
- ⁵⁴ Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode. Drucksache 17/2371, 02.07.2010. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 54. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 7. Juli 2010. Plenarprotokoll 17/54, S. 5536-5542. Flensburg Avis, 8.7.2010.
- ⁵⁵ Siehe u.a. Flensburg Avis, 12.7.2010.
- ⁵⁶ Flensburg Avis, 24.7.2010. Flensburger Tageblatt, 24.7.2010.
- ⁵⁷ Flensburg Avis, 10.8. und 11.8.2010.
- ⁵⁸ Flensburg Avis, 11.8.2010.
- ⁵⁹ Statsminister Lars Løkke Rasmussen tale ved folkemødet på Ejers Bavnehøj den 22. August 2010, http://www.stm.dk/_p_13227.html (zuletzt besucht am 26.11.2010).
- ⁶⁰ Flensburg Avis, 25.8.2010.
- ⁶¹ Flensburg Avis, 23.9.2010.
- ⁶² Die Unterschriftenlisten konnten als Download auf der Seite http://100prozent.dk/fi-leadmin/user_upload/100prozent.dk/download/underskrifter.jpg (zuletzt besucht am 17. November 2011) heruntergeladen werden.
- ⁶³ Flensburg Avis, 7.10.2010.
- ⁶⁴ Flensburger Tageblatt, 14.10.2010.
- ⁶⁵ Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Wissenschaftlicher Dienst: Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den Dänischen Schulen. Bearbeiterin Dr. Sonja Riedinger, 8.10.2010. 12 Seiten. Siehe dazu auch den Pressebericht im Flensburger Tageblatt, 15.10.2010.
- ⁶⁶ Dies ist die häufig verwendete, aber nicht korrekte Bezeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, wobei es sich um zwei parallele Erklärungen handelte: die Kopenhagener Erklärung zu den Rechten der deutschen Minderheit und die Bonner Erklärung zur dänischen Minderheit. Vgl. zu den Erklärungen Jørgen Kühl (Hg.): Kobenhavn-Bonn Erklæringerne 1955-2005. De dansk-tyske mindretalsklaeringers baggrund, tilbillelse og virkning, Aabenraa 2005. Hier findet sich eine Darstellung der Minderheitenerklärungen mit Fakten, die dem Wissenschaftlichen Dienst offensichtlich nicht bekannt waren, einschließlich des deutsch-dänischen Verhandlungsergebnisses vom 28. März 1955.
- ⁶⁷ Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Wissenschaftlicher Dienst: Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den Dänischen Schulen. Bearbeiterin Dr. Sonja Riedinger, 8.10.2010, S. 1.
- ⁶⁸ Ebenda, S. 12.
- ⁶⁹ Ebenda, Fußnote 5, S. 6.
- ⁷⁰ Ebenda, S. 8.
- ⁷¹ Flensburg Avis, 16.10.2010.
- ⁷² Ebenda.
- ⁷³ Förderung des Dänischen Schulvereins durch das Land Schleswig-Holstein. Dr Wilhelm Mecklenburg, Pinneberg, 29. Oktober 2010. 17 Seiten. Siehe auch den Pressebericht im Flensburger Tageblatt, 4.11.2010, sowie in Flensburg Avis, 4.11.2010.
- ⁷⁴ Ebenda, S. 11.
- ⁷⁵ Presseinformation Bündnis 90/Die Grünen. Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, 04.11.2010, http://www.ltsh.de/pressticker/2010-11/04/11 -52-35-477e/PI-TNKQc0d_-gruene.pdf (zuletzt besucht am 27.11.2010). Siehe auch Onlineausgabe des Nordschleswiger, 14.11.2010 (zuletzt besucht am 28.11.2010).
- ⁷⁶ Presseinformation FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Kiel, Donnerstag, 4. November 2010, <http://www.ltsh.de/pressticker/2010-11/04/16-16-28-4bef/PI-TN-LOTEv-fdp.pdf> (zuletzt besucht am 27.11.2010).
- ⁷⁷ Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Copenhagen/Kiel im November 2010, S. 49.
- ⁷⁸ Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen

Minderheiten, Copenhagen/Kiel im November 2010; Responsum fra den dansk-slesvig-holstenske arbejdsgruppe til behandling af ligestillingsspårgsmål ved finansieringen af det danske og det tyske mindretals skoler, Kobenhavn/Kiel November 2010. Nach wenigen Tagen waren die am 12. November 2010 veröffentlichten Berichte jedoch nicht mehr auf der Homepage der Landesregierung auffindbar (zuletzt besucht am 18. November 2010), während die dänische Fassung weiterhin zu finden war unter <http://www.uvm.dk/Uddannelse/Tvaergaaende%20omraader/International/In-ternational/Int/2010/Nov/101112%20Responsum%20fra%20den%20dansk-slesvig-holstenske%20arbejdsgruppe.aspx> (zuletzt besucht am 18. November 2010). Die deutsche Fassung findet sich ferner auf <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/1400/umdruck-17-1496.pdf> (zuletzt besucht am 25. November 2010).

⁷⁹ Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Copenhagen/Kiel im November 2010, S. 4. Aftaler om finansloven 2011, Finansministeriet, Kobenhavn, 8. november 2010, S. 40. Siehe auch Der Nordschleswiger, 9.11.2010.

⁸⁰ Flensburg Avis, 11.11.2010.

⁸¹ Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe, Undervisningsministeriet, 12.11.2010, <http://www.uvm.dk/Uddannelse/Tvaergaaende%20omraader/International/International/Int/2010/Nov/101112%20Responsum%20fra%20den%20dansk-slesvig-holstenske%20arbejdsgruppe.aspx> (zuletzt besucht am 27.11.2010). Siehe auch Onlineausgabe des Nordschleswiger, 14.11.2010 (zuletzt besucht am 28.11.2010).

⁸² Vgl. Der Nordschleswiger, 9.11.2010.

⁸³ Flensburger Tageblatt, 13.11.2010. Flensburg Avis, 13.11.2010. Süddeutsche Zeitung, 15.11.2010.

⁸⁴ Siehe Pressemeldung der FDP Schleswig-Holstein vom 12.11.2010 auf <http://www.fdp-sh.de/> (zuletzt besucht am 27.11.2010).

⁸⁵ Flensburg Avis, 15.11.2010.

⁸⁶ Flensburger Tageblatt, 17.11.2010.

⁸⁷ Flensburg Avis, 18.11.2010.

⁸⁸ Online-Ausgabe Nordschleswiger, 14.11.2010.

⁸⁹ Flensburger Tageblatt, 19.11.2010.

⁹⁰ Online-Ausgabe Nordschleswiger, 13.11.2010.



Anmerkungen

⁹² Flensburger Tageblatt, 13.11.2010. Siehe auch den in der Umschau des vorliegenden Grenzfriedensheftes wiedergegebenen Kommentar Stephan Richters vom 6.11.2010.

⁹³ Schleswig-Holstein am Sonntag, 14.11.2010.

⁹⁴ Zitiert nach Pressemitteilung vom 12.11.2010, zu-gänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/MBK/DE/Service/Presse/PI/2010/November2010/Daenische-Schulen.ht-m> (zuletzt besucht am 18.11.2010).

⁹⁵ Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel im November 2010, S. 43, Tabelle 12.

⁹⁶ Ebenda, S. 44, Tabelle 44. In Dänemark bezieht sich der Begriff Gymnasium ausschließlich auf Schüler der gymnasialen Oberstufe. Die dänische Volksschule entspricht in ihrem Wesen den schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsschulen mit einem integrierten Unterricht. In Dänemark gibt es in der Sekundarstufe I keine unterschiedlichen Schularten. In der Regel wechseln Schüler nach der 9. Klasse auf ein Gymnasium oder eine andere sogenannte Jugendausbildungsstätte (z.B. technische Schulen, Wirtschafts- oder Handelsgymnasien, berufsbildende Schulen etc.).

⁹⁷ Zitiert nach Pressemitteilung vom 12.11.2010, zu-gänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/MBK/DE/Service/Presse/PI/2010/November2010/Daenische-Schulen.ht-m> (zuletzt besucht am 18.11.2010).

⁹⁸ Flensburg Avis, 13.11.2010.

⁹⁹ Flensburg Avis, 25.11.2010. Bericht zur Veranstaltung in Flensburg Avis, 1.12.2010.

¹⁰⁰ Flensburg Avis, 13.11.2010.

¹⁰¹ Der Nordschleswiger, 17.11.2010. Daraufhin warnte der Chefredakteur des Nord-schleswigers in einem Leitartikel am folgenden Tag: „Die Minderheiten müssen aufpassen, dass sie beim Elefanten-Kampf nicht unter die Räder kommen. Sie müssen ihre Eigeninteressen klar definieren. Deutsche Minderheit ist weder FUEV noch dänische Minderheit. Den kleinen, feinen Unterschied muss jeder gerne kennen - und respektieren!“ (Der Nordschleswiger, 18.11.2010).

¹⁰² Leserbrief von Hans Heinrich Hansen, in: Flensburg Avis, 19.11.2010.

¹⁰³ Flensburg Avis, 18.11.2010; vgl. auch die Internetseite www.nordschleswiger.dk der Zeitung Nordschleswiger, 18.11.2010.

¹⁰⁴ U.a. verabschiedete einstimmig der Flensburger Stadtrat eine Resolution mit dem Titel: „Kein Sonderopfer für die dänische Minderheit“, siehe Flensburg Avis, 9.7.2010.

¹⁰⁵ Kreis Schleswig-Flensburg. Der Landrat: Resolution des Kreistages Schleswig-Flensburg gegen erwogene Kürzungen für die dänische Minderheit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, 11. Oktober 2010, Schreiben an den Vorsitzenden des Sydslesvigsk Forening mit Anlagen.

¹⁰⁶ U.a. auch die Gewerkschaft ver.di. Siehe dazu Flensburg Avis, 20.7.2010.

¹⁰⁷ Flensburg Avis, 11.11.2010.

¹⁰⁸ Flensburger Tageblatt, 22.11. und 23.11.2010; Flensburg Avis, 22.11.2010. Siehe auch die Analyse in Schleswig-Holstein am Sonntag, 28.11.2010. Simon Faber erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 23,3% insgesamt 9.236 Stimmen, seine Gegenkandidatin der CDU/Grünen, Elfie Heesch, erhielt 7.628 Stimmen und 45,2%. Siehe <http://db.flensburg.de/wahlergebnisse/flensburg/StOB2010.html> (zuletzt besucht am 28.11.2010).

¹⁰⁹ Siehe zum Minderheitenmodell den Sammelband Jürgen Kühl/Robert Bohn (Hg.): Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005; Jürgen Kühl: Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?, in: Grenzfriedenshefte 3/2008, S. 329-340. Vgl. ferner die Darstellung Henrik Becker-Christensens in: Sanderjyllands historie, Bd. 2, Aabenraa 2009, S. 443-461.

¹¹⁰ Siehe dazu die Analyse von Jürgen Kühl: Den dänstyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003. Siehe ferner Jürgen Kühl: Vom nationalen Konflikt zur friedlichen Koexistenz und Kooperation. Nationale Minderheiten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion, in: Notat, 84, Aabenraa 2006, hier S. 26.

¹¹¹ Siehe Jürgen Kühl: Ein nachhaltiges Minderheitenmodell. Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47, 2004, 15. November 2004, S. 22-27.

¹¹² Dieser Prozess ist eine Grundhypothese für die Darstellung des Zeitraumes 1955-2009 in der 2009 erschienenen Gesamtgeschichte der dänischen Minderheit: Lars N. Henningsen (Hg.): Sydslesvigs danske historie, Flensburg 2009, S. 237-333. Eine deutsche Ausgabe, die den Zeitraum bis einschließlich 2010 behandelt, wird Anfang 2011 erscheinen.

Kiel government's savings proposals are in violation of current international agreements

On 26 May 2010, the Schleswig-Holstein state government (the CDU and the FDP) adopted an economic redevelopment plan with a series of specific savings proposals. All told, savings of 1.25 billion euro must be made by 2020.



Jens A. Christiansen, General Secretary of the South Schleswig Association.
 (Photo: Lars Salomonsen)

The recommendations of the savings package were presented on 13 July 2010 as a bill for the 2011/2012 budget. One of the proposals is a reduction in government subsidies to the Danish minority school system. The government proposes a reduction in state subsidies starting in 2011 from 100% to 85% of the average student costs with respect to state-funded German schools. What we are talking about is a one-sided reduction, affecting only Danish schools. According to the government's own estimates, the cut is equivalent to an annual 4.7 million euro (approx. DKK 35 million). If this proposal is adopted at the state parliament's final handling of the budget in December, it will destroy the equality between majority and minority in terms of student subsidies that was achieved in 2007 in connection with the Schleswig-Holstein Education Act of 24 January 2007.

Article 124 of the Schleswig-Holstein Education Act of 24 January 2007 states the following:

••• Irrespective of need, the Danish minority's schools will receive a per-student subsidy of 100% of the public student subsidy rates, which will be estimated based on the previous year's expenses.



Kiel government's savings proposals are in violation of current international agreements (by Jens A. Christiansen)

Page 25 of the state government's catalogue of savings proposals says that:

••• Subsidies for the Danish minority's schools will be reduced to 85% of the current level of student subsidies for the Danish school system. Thus, they will remain above the subsidy level for German private schools (80% of the average per-student expenses at other private schools). The subsidy will be reduced from 31.7 million euro in 2010 to 27 million euro in 2012.

Consequences

The proposed savings may mean that up to 22 of the current 47 Danish schools in South Schleswig will be in danger of closing – a little under half of all existing Danish schools. Not only would this be a setback for the school system of the minority; it would also threaten the daily cultural framework of the minority, since many of the schools also serve as assembly buildings for Danish work in South Schleswig.

Alongside the education cuts, the Kiel government is proposing general savings on cultural institutions for all three national minorities in Schleswig-Holstein. Starting in 2010 and over the next two

years, the subsidy for the South Schleswig Association (SSF) as the main cultural organisation of the minority will be reduced by 145,000 euro.

Minority policy and the principle of equality

The planned cuts are a fundamental break with the existing minority policy, which had its starting point in the intentions behind and spirit of the Bonn-Copenhagen declarations of 29 March 1955. As is well known, Prime Minister H.C. Hansen and Federal Chancellor Konrad Adenauer signed the declarations. All subsequent Danish and German governments have since ratified them.

The coexistence of Danes and Germans, of minority and majority, has developed in a highly positive way over the last 20 to 30 years. The attitude has evolved from "against each other" to "for each other". The relationship between the minority and the majority in the Danish-German border region is often mentioned as exemplary and as a special borderland model. Especially since the fall of the Berlin Wall in 1989, in international contexts it has often been emphasised as a positive example of how minority issues can be solved in a

peaceful and democratic manner to the benefit of all parties.

The formal basis for this development are the Bonn-Copenhagen declarations – a constitution and a system of coordinates that acts as a guide on how to properly regulate the relationship between minority and majority based on the principle of equality recognised by international law: "Däne ist, wer will" ["the right to be a Dane"].

The Bonn-Copenhagen declarations are not legal texts; they are declarations that establish rights pertaining to the political principles of the minority. The central element is equality and equal treatment regardless of national origin.

The language of the declarations, and their very spirit have played an essential role in solving minority issues. This spirit is also often described as goodwill. In connection with the 50th anniversary of the declarations in 2005, the Danish Prime Minister at the time, Anders Fogh Rasmussen and Federal Chancellor Gerhard Schröder both underlined the willingness to carry out this spirit in the form of specific measures and special arrangements to ensure equality between minority and majority.

Thus, the declarations are not an expression of minority law, but minority policy. With the current savings proposals, the détente that has presently been reached between that which is Danish and that which is German is now in danger of elimination. This runs the risk of bombing the border region relationships 20 to 30 years back in time.

The Bonn declaration states the following:

••• "Wishing to promote peaceful coexistence among the population on both sides of the Danish-German border and thereby generally also promote the development of friendly connections between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Denmark – and considering the obligation under international law that the Federal Republic has assumed to desist from subjecting national minorities to differential treatment (Article 14), pursuant to the basic principles also laid down in the constitution of the Federal Republic of Germany, which the Schleswig-Holstein state government referenced in its declaration of 26 September 1949 – the government of the Federal Republic of Germany declares the following:"



Kiel government's savings proposals are in violation of current international agreements (by Jens A. Christiansen)

Following that, the declaration specifies a series of individual human rights and the free right to declare one's Danish nationality and to adhere to Danish culture. With regard to the principles of equality, clause I under paragraph 12 points out the

••• Right to equal treatment, according to which no person shall be given preferential treatment or preference because of his or her descent, language, origin, or political opinions.

In under clause II paragraph 3 it says that

••• With regard to assistance and the rendering of other government aid, which shall be granted at own discretion, no differentiation shall occur between individuals belonging to the Danish minority and other citizens.

Documents of the Council of Europe

The Kiel savings proposals not only ignore the Bonn-Copenhagen declarations, but also the framework convention of the Council of Europe for the protection of national minorities, as well as the language charter of the Council of Europe

for regional and minority languages, which the Federal Republic has ratified. Both European documents may be regarded as a bilateral agreement between the Council of Europe and the relevant member state in respect to the national minorities located therein. The documents are based on a series of articles that in terms of legal, political, social, economic, cultural, and educational areas prescribe the general obligations and conditions of existence.

The individual articles overlap one another. Thus, the documents function as a whole with joint effect. However, our focus below is on two current articles in particular, viewed in light of the violation by the Kiel government of the equality principle of the minority policy. Among other things, Article 4 of the Council of Europe's Framework Convention for the Protection of National Minorities provides that

••• The Parties undertake to guarantee to persons belonging to national minorities the right of equality before the law and of equal protection of the law. In this respect, any discrimination based on belonging to a national minority shall be prohibited.

••• The Parties undertake to adopt, where necessary, adequate measures in order to promote, in all areas of economic, social, political and cultural life, full and effective equality between persons belonging to a national minority and those belonging to the majority. In this respect, they shall take due account of the specific conditions of the persons belonging to national minorities.

Article 5 specifies that

••• The Parties undertake to promote the conditions necessary for persons belonging to national minorities to maintain and develop their culture, and to preserve the essential elements of their identity, namely their religion, language, traditions and cultural heritage

••• Without prejudice to measures taken in pursuance of their general integration policy, the Parties shall refrain from policies or practices aimed at assimilation of persons belonging to national minorities against their will and shall protect these persons from any action aimed at such assimilation."

Article 13 makes reference to the fact that the parties to the agreement acknowledge that a national minority is entitled to its own

schools. It likewise states that this does not entail any financial obligation for the parties to the agreement. However, the following is emphasised in Article 14:

••• The Parties undertake to recognise that every person belonging to a national minority has the right to learn his or her minority language.

••• In areas inhabited by persons belonging to national minorities traditionally or in substantial numbers, if there is sufficient demand, the Parties shall endeavour to ensure, as far as possible and within the framework of their education systems, that persons belonging to those minorities have adequate opportunities for being taught the minority language or for receiving instruction in this language.

••• Paragraph 2 of this article shall be implemented without prejudice to the learning of the official language or the teaching in this language.

According to Article 15, the parties to the agreement must create the necessary conditions to enable members of national minorities to effectively participate in the cultural, social, and economic life and in public matters, particularly in



Kiel government's savings proposals are in violation of current international agreements (by Jens A. Christiansen)

those affecting them. It is emphasised that in Germany, the active participation by members of national minority and ethnic groups in the cultural, social, and economic life, as well as in public matters, is guaranteed in the free, legal constitution. Such participation is supported by legal measures and practical support.

The essence of the framework convention is obvious: 100% equality; inclusion of the minority in political participation – especially when affecting the minority's issues – no possibility of a situation arising that would subject the minority to forced assimilation.

The European Charter for Regional or Minority Languages states the following in its Article 8, Education:

- i) to make available primary education in the relevant regional or minority languages; or
- ii) to make available a substantial part of primary education in the relevant regional or minority languages; or
- iii) to provide, within primary education, for the teaching of the relevant regional or minority language as an integral part of the curriculum; or

iv) to apply one of the measures provided for under i to iii above at least to those pupils whose families so request and whose number is considered sufficient.

Pursuant to point iv, Schleswig-Holstein has assumed this obligation.

Committee of experts makes direct enquiry into future existence of schools

During the evaluation of the language charter in 2009 in respect of the fourth monitoring report for Germany, the Committee of Experts of the Council of Europe enquired of the state government about the viability of the education act passed in 2007. The enquiry was made based on the report by the state audit on the School Association in 2005, in which the stated equality under the education act is criticised.

Page 67 of the monitoring report (4. Staatenbericht) states the following:

••• In its third evaluation report, the Committee of Experts welcomed the decision to fund the running costs of Danish private schools on an equal footing with publicly funded schools. This deci-

sion is anchored in a special provision on Danish private schools in the new Schleswig-Holstein Schools Act of 2007, which entered into effect on 1 January 2008 (Section 124 first and second sentences Schools Act). However, the Committee of Experts has been made aware of the recent criticisms of the Land Audit Court against these regulations of the Schools Act for the promotion of the Danish schools. When requesting this report, it therefore asked whether the Land government had ensured that the new regulations on funding would remain in order to secure the future survival of the Danish schools.

Schleswig-Holstein comments as follows:

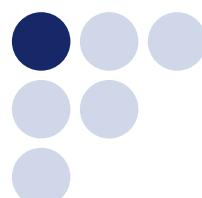
••• The future survival of Danish schools has never been in doubt. The schools of the Danish minority receive funding in accordance with Section 124 of the Schools Act. The legal basis for this funding was never altered following the Act's entry into force in January 2008.

The attempt by the Kiel government to overrule its own Education Act – together with the fact that upon its enquiry in 2009, the Committee of Experts was informed that the equality achieved

in 2007 in the area of education was secure – does indeed weaken the credibility of the government's minority policy.

No to assymetrical savings policy

The proposed cuts violate the international documents that the Federal Republic has signed. The Danish minority does not wish for any special treatment in terms of the necessary savings aimed at restoring Schleswig-Holstein's economy. Rather, the minority demands equality between the Danish minority and the German majority population. Savings must not be implemented asymmetrically. In Kiel as well as in Berlin, the minority will defend this fundamental minority policy principle of equality.



Jens A. Christiansen
Generalsekretär
des SSF



SSW parliamentarians in contemplation (Photo: Lars Salomonsen)

Cuts in minorities area

When in May the state government's structural commission published its proposals for reorganisation of government finances, the minority area was hit in such a way as to me signals a paradigm shift in Schleswig-Holstein politics. In other words, there are simply no excuses for the state government's readiness to shatter so much minority policy porcelain as is the case here.

As we now know, the proposal consists of reducing the per-student subsidy in our Danish schools to 85% of the amount granted for each student in an equivalent state-run school. The principle of equality is abandoned, and minority schools are once again compared to private schools in Schleswig Holstein. At the same time, we are told that even at the reduced rate, the Danish School Association is still better off than German private schools.

However, the government's move – an annual cut of 4.7 million euro (DKK 35 million), equivalent to the possible closure of about 20 small schools – is such a serious case for the minority that it is totally unreasonable to come up with any kind of beautification. For this rea-

son, it is essential to maintain the pressure on the government coalition by means of the large protests we have seen and the collection of signatures. More local initiatives, in which local state parliament members are invited into our schools to meet parents and staff, should be welcomed.

Having said this, let there be no doubt that in this difficult situation, neither the SSW (South Schleswig Voters' Association) nor the minority as a whole could have gone without the support from the Danish government, the parties in the Danish Parliament, the South Denmark Region and regional Chairman Carl Holst, the Border Association and so many others, including the major Danish newspapers, which have published letters, articles and opinions on the minority's current political situation.

It is my hope that the established Danish-German government commission understands that the principle of equality is an essential element of the minority arrangements of the border region. This is not about comparing minority with minority, but majority with minority. As a Frisian or Danish minority, we are a part of this community. For this reason we de-



Cuts in minorities area (by Anke Sporrendonk)

mand equal and fair distribution of community resources. This is the spirit of the Bonn-Copenhagen Declarations, and not the question of the degree to which a reduction of the student subsidy to 85% is covered by the provisions of the declarations.

On several occasions, our state parliamentary group has attempted to explain state government representatives that these minority declarations do not mention specific subsidy rates.

By way of explanation, in an addendum to the declarations, a decision was made (in 1955) that in the future, the Danish minority schools were to receive a subsidy of 80% of the costs for a student in a German state-funded school. The basis for this decision was that prior to 1955, the Schleswig-Holstein student subsidy for the Danish School Association was 60%.

In a danish-german context

Viewed through the eyes of the state parliament group, we have ended up in a situation where negotiations about minority schools have moved from the political arena of the state parliament and into a Danish-German context. But the reduction of the student subsi-

dy to 85% is also contained in the draft Schleswig-Holstein budget for adoption at the state parliament meeting in December.

For the SSW, this meant that we engaged in a dialogue with the other parties in state parliament, and then with the government parties. We presented – and continue to present – proposed amendments to the financial bill, and we are creating alternative financing proposals.

In this respect it is the position of the state parliament group that in Schleswig-Holstein, we cannot escape the debt crisis by continually making savings. We have to do everything possible to increase the income in our state. In practice, this means that the SSW still demands that the state government agree to a moderate increase in land purchase tax (Grunderwerbsteuer) — just as several states have already done.

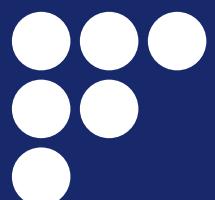
Such an adjustment would give Schleswig-Holstein an annual income improvement of nearly 60 million euro. The Minister of Finance has already indicated that he will not propose such a tax increase until 2013, which is when the next two-year Financial Act will be adopted. According to the

rules, the following year would be state parliament elections. Or in other words: it is the position of the SSW that it is unacceptable that the state government is playing a tactics game at the expense of children in Danish schools. I need not point out that an increased land purchase tax will also be useful in other areas.

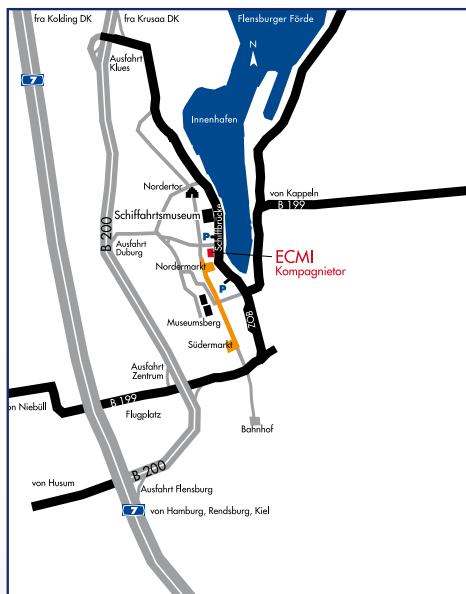
It is clear that the planned cutbacks for minority schools carry such an impact that they threaten to overshadow the general minority policy situation, which of course is also marked by the threat of spending cuts.

This especially applies to Nordfriisk Instituut (the North Frisian Institute), the subsidy for which according to the financial act will be reduced from 230,000 euro in 2010 to 166,000 euro in 2012.

However, the SSF will also be hit by 126,000 euro cuts over a two-year period, and then there is the Danish Central Library, which in 2012 will receive around 61,000 euro (as opposed to 92,000 euro in 2010). Considering the fact that the subsidies for the cultural work of the minorities have not seen a significant increase in many years, this also gives an indication of the seriousness of the situation.



Anke Sporrendonk
Vorsitzende des SSW



European Centre
for Minority Issues (ECMI)
Schiffbrücke 12
Kompagnietor
D-24939 Flensburg

Fon: 0461 - 1 41 49-0
Fax: 0461 - 1 41 49-19
e-mail: info@ecmi.de
Internet: www.ecmi.de